



# Wortprotokoll

über die 15. Sitzung der

## Vollversammlung des Stadtrates der Landeshauptstadt München

vom 20. Mai 2015

(öffentlich)

<b>Oberbürgermeister</b>	Reiter
<b>2. Bürgermeister</b>	Schmid
<b>3. Bürgermeisterin</b>	Strobl
<b>bfm. Stadtratsmitglieder</b>	siehe Anwesenheitsliste
<b>ea. Stadtratsmitglieder</b>	siehe Anwesenheitsliste
<b>ferner</b>	Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung
<b>Protokoll</b>	Frei, Bock, Strzelczyk, Henn, Zürner, Maier, Peisl, Niedermayer;

## **Anwesenheitsliste der Vollversammlung vom 20. Mai 2015**

Oberbürgermeister Reiter

2. Bürgermeister Schmid

3. Bürgermeisterin Strobl

### **Ehrenamtliche Stadtratsmitglieder:**

#### **CSU:**

StR Dr. Babor

StRin Burkhardt

StRin Caim

StR Dr. Dietrich

StRin Frank

StRin Grimm

StRin Kainz

StR Kuffer

StRin Dr. Menges

StR Offman

StRin Dr. Olhausen

StRin Pfeiler

StR Podiuk

StR Pretzl

StR Quaas

StR Sauerer

StR Schall

StR Schlagbauer

StR T. Schmid

StR Schmidbauer

StR Seidl

StR Stadler

StR Straßer  
StR Dr. Theiss  
StR Zöllner

**SPD:**

StR Amlong  
StRin Boesser  
StRin Burger  
StRin Dietl  
StRin Hübner  
StR Kaplan  
StR Liebich  
StR Lischka  
StRin Messinger  
StR Dr. Mittermaier  
StR Müller  
StR Naz  
StR Reissl  
StRin Rieke  
StR Röver  
StR Rupp  
StR H. Schmid  
StRin Schönfeld-Knor  
StRin Dr. Söllner-Schaar  
StRin Volk  
StR Vorländer  
StRin Zurek

## **Bündnis 90/**

### **Die Grünen/Rosa Liste:**

StR Bickelbacher  
StR Danner  
StRin Demirel  
StRin Dietrich  
StRin Habenschaden  
StRin Hanusch  
StRin Koller  
StR Krause  
StRin Krieger  
StR Monatzeder  
StRin Nallinger  
StR Niederbühl (RL)  
StR Dr. Roth  
StR Utz

## **Freiheitsrechte, Transparenz,**

### **Bürgerbeteiligung:**

StR Dr. Heubisch (FDP)  
StR Dr. Mattar (FDP)  
StRin Neff (FDP)  
StR Ranft (Piraten)  
StR Zeilinhofer-Rath (HUT)

## **Bürgerliche Mitte - FREIE WÄHLER/**

### **BAYERNPARTEI:**

StR Altmann (FW)  
StRin Sabathil (FW)  
StR Dr. Assal (SPD)  
StR Progl (BP)

**DIE LINKE.:**

StR Oraner

StRin Wolf

**ÖDP:**

StRin Haider

StR Ruff

**AfD:**

StR Schmude

StR Wächter

**Bürgerinitiative**

**Ausländerstopp (BIA):**

StR Richter

## **Berufsmäßige Stadtratsmitglieder:**

StR Dr. Blume-Beyerle  
StR Dr. Böhle  
StRin Hingerl  
StR Dr. Küppers  
StR Lorenz  
StR Markwardt  
StRin Meier  
StBRin Prof. Dr. (I) Merk  
StSchR Schweppe  
StK Dr. Wolowicz

## Inhaltsverzeichnis

<u>Verabschiedung des Referenten für Gesundheit und Umwelt.....</u>	<u>10</u>
<u>OBM Reiter:.....</u>	<u>10</u>
<u>Bfm. StR Lorenz:.....</u>	<u>10</u>
<u>OBM Reiter:.....</u>	<u>12</u>
<u>StRin Krieger:.....</u>	<u>12</u>
<u>Vertretung der Landeshauptstadt München im Aufsichtsrat der MGH-Münchner Gewerbehof- und Technologiezentrumsgesellschaft mbH.....</u>	<u>15</u>
<u>Stadtwerke München GmbH Zusammensetzung des Aufsichtsrats.....</u>	<u>15</u>
<u>Dringende Hilfe für Syrien - Aufstockung der Spendengelder des Orienthelfer e. V.....</u>	<u>15</u>
<u>Umbesetzung im Kinder- und Jugendhilfeausschuss.....</u>	<u>16</u>
<u>Kunstareal - modifizierte Alternative 5.....</u>	<u>16</u>
<u>GeodatenService München (GESM); Personalzuschaltung für den Bereich SoBoN, Umlegung.....</u>	<u>16</u>
<u>Weiterführung des Forschungsprojekts „Aufarbeitung der Rolle der Stadtverwaltung und der städtischen Beteiligungsgesellschaften im 3. Reich“; inklusive Weiterführung des Projekts Gedenkbücher für Opfer des Nationalsozialismus.....</u>	<u>17</u>
<u>Verbot von Laubbläsern durch die Stadt München Laubbläserverbot nach Grazer Vorbild - alternativ Umrüstung auf Elektrogeräte.....</u>	<u>17</u>
<u>OBM Reiter:.....</u>	<u>17</u>
<u>Klimaschutzaktionsplan für Zielgruppen außerhalb der Verwaltung.....</u>	<u>18</u>
<u>StRin Haider:.....</u>	<u>18</u>
<u>StR Dr. Mattar:.....</u>	<u>18</u>
<u>Weiterführung von JADE an allen Mittelschulen und an Förderzentren in München.....</u>	<u>19</u>
<u>„Integration macht Schule im Quartier“ (ImSQ).....</u>	<u>19</u>
<u>Anpassung der Personalausstattung an die gestiegene Zahl von Flüchtlingen im Amt für Wohnen und Migration:.....</u>	<u>20</u>
<u>„Schule für Alle“.....</u>	<u>20</u>
<u>Änderung des Flächennutzungsplanes mit integrierter Landschaftsplanung für den Bereich V/48.....</u>	<u>21</u>
<u>StR Ruff:.....</u>	<u>21</u>
<u>Novellierung der Baumschutzverordnung - Herausnahme der Gattung Fichte:.....</u>	<u>21</u>
<u>StR Altmann:.....</u>	<u>21</u>
<u>Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Freigabe von Verkaufszeiten während des allgemeinen Ladenschlusses (Ladenschlussverordnung).....</u>	<u>22</u>
<u>StRin Neff:.....</u>	<u>22</u>
<u>Bestätigung von Ausschussbeschlüssen.....</u>	<u>22</u>

Die LHM beteiligt sich an der Konsultation zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der EU.....	23
BM Schmid:.....	23
Sexismus-Problem ernst nehmen!.....	24
StRin Sabathil:.....	24
OBM Reiter:.....	27
StRin Dietrich:.....	27
BM Schmid:.....	30
StRin Messinger:.....	30
StRin Grimm:.....	30
StDirin Dr. Beyerle:.....	31
Hilfe für Geschädigte des Asiatischen Laubholzbockkäfers.....	34
StR Schall:.....	34
StR Danner:.....	35
OBM Reiter:.....	36
StR Danner:.....	39
OBM Reiter:.....	40
StR Danner:.....	40
OBM Reiter:.....	40
StR Altmann:.....	41
StR Dr. Mattar:.....	41
StR Reissl:.....	42
StR Ruff:.....	42
Unterbringung von Flüchtlingen und Wohnungslosen in München; 5. Standortbeschluss.....	45
Programm zur Unterbringung von Flüchtlingen und Wohnungslosen.....	45
Bfm. StRin Meier:.....	45
StR Altmann:.....	46
StRin Demirel:.....	47
StRin Wolf:.....	51
StR Kuffer:.....	52
StR Reissl:.....	52
StR Schmude:.....	54
StR Kuffer:.....	56
StR Richter:.....	56
OBM Reiter:.....	60
Bfm. StRin Meier:.....	60
StR Dr. Heubisch:.....	62
Bfm. StRin Meier:.....	62
StR Altmann:.....	62

Bfm. StRin Meier:.....	63
Ltd. VDirin Charlier:.....	63
OBM Reiter:.....	63
Integriertes Handlungsprogramm zur Förderung der Elektromobilität in München (IHFEM).....	64
StR Dr. Mattar:.....	64
StR Altmann:.....	65
StRin Haider:.....	65
StR Krause:.....	66
StR Pretzl:.....	66
StR Dr. Mittermaier:.....	67
Streikbedingte Sonderauszahlungen an betroffene Familien in städtischen Kindertageseinrichtungen.....	71
StSchR Schweppe:.....	71
StR Reissl:.....	72
StR Dr. Dietrich:.....	72
StRin Wolf:.....	73
StRin Krieger:.....	73
OBM Reiter:.....	74
StRin Wolf:.....	75
StSchR Schweppe:.....	75
StRin Volk:.....	75
OBM Reiter:.....	76
BMin Strobl:.....	76
OBM Reiter:.....	76
StR Reissl:.....	76
Zukunftssicherung der Familienpflege Erhöhung des Zuschusses.....	77
StR Zeilhofer-Rath:.....	77
Bfm. StRin Meier:.....	78
Personalausstattung der SGB XII-Sachbearbeitung in den Sozialbürgerhäusern.....	79
Bfm. StRin Meier:.....	79

## Öffentliche Sitzung

**Beginn:** 09:13 Uhr

**Vorsitz:** OBM Reiter

### Verabschiedung des Referenten für Gesundheit und Umwelt

OBM Reiter:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich möchte die Gelegenheit ergreifen und ein „Urgestein“ - so habe ich heute Früh gelesen - verabschieden. Ich kann nicht werten, was „Urgestein“ heißt und ob es gut oder schlecht ist. Der Betroffene muss es selber abwägen. Ich wollte die letzte Vollversammlung jedenfalls nicht beginnen, ohne den langjährigen Referenten für Gesundheit und Umwelt zu verabschieden.

Lieber Kollege Joachim Lorenz, ich habe Sie nicht als Urgestein kennengelernt, sondern als immer freundlichen und hilfsbereiten Kollegen. Ich denke, diese Meinung teilen alle. Man muss inhaltlich nicht immer einer Meinung sein. Aber das Erste, was ich gesagt habe, gilt auf jeden Fall. Deshalb von mir aus und im Namen des ganzen Stadtrates alles Gute für Ihren wohlverdienten Ruhestand. Ich habe gehört, Sie unternehmen große Reisen. Das wird sicher spannend. - (StR Dr. Mattar: Mit dem Fahrrad hoffentlich! - Heiterkeit) - Nein, ich glaube, nicht mit dem Fahrrad. Ich bedanke mich für die jahrelangen Dienste, die Sie für die Stadt geleistet haben und wünsche Ihnen viel Vergnügen in der letzten Vollversammlung. Genießen Sie sie. Vielleicht kann man vom Livestream eine Aufzeichnung machen, dann können Sie sich diese ab und zu „reinziehen“. - (Heiterkeit) - In diesem Sinne alles Gute für Sie! - (Allgemeiner Beifall)

Bfm. StR Lorenz:

Herr Oberbürgermeister, vielen Dank für die freundliche Verabschiedung. Ich war 22 Jahre lang berufsmäßiger Stadtrat und 9 Jahre ehrenamtlicher Stadtrat. 31 Jahre gehen jetzt zu Ende. Ich kann sogar sagen: 41 Jahre in der öffentlichen kommunalen Verwaltung. Ich bin immer ein leidenschaftlicher „Kommunalo“ gewesen und hätte mir nie eine andere Verwaltungsebene vorstellen

können, weder Landtag noch Bundestag, noch Europaparlament. Ich denke, auf der kommunalen Ebene kann man sehr viel gestalten. Es wird zwar sehr viel diskutiert, und man hat die Bürger immer nah an sich und muss mit ihnen zurechtkommen. Aber auch das ist wichtig, macht Spaß und gehört dazu. Die Kommunikation ist sehr wichtig.

Es war eine schöne Zeit. Alle von Ihnen wissen, ich habe lange Zeit in einer sehr stabilen Koalition mitwirken können. Das hat mir sehr viel Freude bereitet. Jetzt kommt das Aber: Ich war in den 13 Monaten der Großen Koalition oder Kooperation sehr positiv überrascht, dass nahezu alle mir wichtigen Angelegenheiten vom Stadtrat mit großer Mehrheit, wenn nicht sogar einstimmig, beschlossen worden sind, wofür ich Ihnen sehr herzlich danke.

Im Jahr 2013 gab es den Grundsatzbeschluss. Heute wird hoffentlich der Beschluss zum Maßnahmenkonzept Elektromobilität gefasst. Er ist mir sehr wichtig. Ich hoffe, dass Sie heute nach der Beratung eine gute Entscheidung finden. Ich habe alle Ihre Anträge im Zusammenwirken mit anderen Dienststellen der Stadt München und der SWM GmbH bewerten lassen. Ich denke, wir haben Ihnen heute wunderbare Entscheidungsgrundlagen gegeben, damit Sie eine sehr gute Entscheidung treffen können. Ich darf Ihnen sagen, ab morgen wollen sehr viele andere Städte diesen Beschluss haben. Ich habe zugesagt, ihn gleich morgen an den Deutschen Städtetag zu senden, der ihn an viele Vertreter des Umweltausschusses, des Verkehrsausschusses usw. weiterleiten möchte. Dieser Beschluss wird, wenn er so gefasst wird, in Deutschland richtungsweisend sein.

Ich denke, die Stadt München war in ganz vielen Angelegenheiten richtungsweisend. Das lag nicht nur an mir und an meinem Referat, sondern auch an meinen Chefs, den drei Oberbürgermeistern Kronawitter, Ude und Reiter. Es lag natürlich auch am obersten Verwaltungsorgan, dem Stadtrat. Wir sind kein Parlament, sondern ein Verwaltungsorgan, das wird immer wieder vergessen. Auch ich habe das vergessen, als ich ehrenamtlicher Stadtrat war. Als kollegiales Verwaltungsorgan haben Sie mir die entsprechenden personellen und sachlichen Ressourcen zur Verfügung gestellt, um die Arbeit erledigen zu können.

Der Prophet im eigenen Land gilt zwar nicht immer sehr viel, aber ich kann Ihnen sagen, dass die Stadt München bei dem, was sie auf den Weg gebracht hat, immer als großes Vorbild genommen wird. Das gilt nicht nur für das RGU, sondern auch für andere Bereiche. Das liegt sicherlich an der Politik, am Stadtrat und an unseren sehr guten Finanzen. Ich denke, wenn wir die gute finanzielle Situation über Jahrzehnte hinweg nicht gehabt hätten, hätten wir viele Aufgaben, die im sogenannten Freiwilligenbereich angesiedelt sind, nicht auf den Weg bringen können.

Zum Schluss möchte ich mich bei den Referentinnen und Referenten bedanken. Wir sind gewissermaßen ein Querschnittsreferat und arbeiten eng mit sehr vielen anderen Referaten zusammen. Ich habe sehr gerne mit meinen Kolleginnen und Kollegen zusammengearbeitet, mit den derzeitigen, aber auch mit den früheren, die bereits im Ruhestand sind oder aufgehört haben. Ich habe die Zeit sehr genossen. Gerade habe ich mit meiner Banknachbarin, Frau Hingerl, mit der ich sehr viel zu tun gehabt habe, noch einmal gesprochen. Wir haben festgestellt, dass wir uns gegenseitig vermissen werden. Die Arbeit war mit allen Referentinnen und Referenten wunderbar. Ich hoffe, dass meine Nachfolgerin oder mein Nachfolger den Kontakt und die Zusammenarbeit auch so genießt wie ich. Ich hoffe, es wird Ihnen gelingen, eine Nachfolge zu finden. - (Heiterkeit)

Am 1. Juli besuche ich meine Tochter, die gerade als Lehrerin in Namibia arbeitet und den Besuch der Familie erwartet. Ich werde versuchen, den Livestream zu sehen. In dem Ort, wo meine Tochter im Internat ist, ist die Internetverbindung jedoch nicht sehr gut. Aber ich werde versuchen, die Wahl zu verfolgen. Ich bin sehr gespannt, wer mir nachfolgt. Ich habe es schon meinen Mitarbeitern gesagt und sage es auch dem Oberbürgermeister und dem 2. Bürgermeister: Natürlich bin ich jederzeit bereit, mit meiner Nachfolge ein Übergabegespräch zu führen. Mir ist wichtig, dass es in gewisser Weise nahtlos weitergeht. Ich hätte es gerne gemacht, es war aber bisher nicht möglich. Ich führe das Gespräch auch im Juli, August oder September, wann immer der Nachfolger oder die Nachfolgerin antritt. Ein Anruf über das Vorzimmer genügt. Ich werde, wie gesagt, meine Nachfolgerin oder meinen Nachfolger einarbeiten oder ein Übergabegespräch führen. Vielen Dank für die vielen gemeinsamen Jahre. Ich werde Sie von außen beobachten und schauen, wie es weitergeht. Ich wünsche Ihnen allen eine glückliche Hand für unsere schöne Stadt München. - (Allgemeiner Beifall)

OBM Reiter:

Ein Hinweis an die Besucher auf der Tribüne: Ich muss Sie bitten, das Transparent abzunehmen. Wir sind gehalten, keine Beifalls- oder Missfallenskundgebungen zuzulassen. Ein Branding reicht auch.

StRin Krieger:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Sie werden mir erlauben, dass wir von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/RL auch ein paar Abschiedsworte an unseren geschätzten Kollegen Joachim Lorenz richten wollen. Gerade für unsere Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/RL ist es nicht leicht, dass jetzt der letzte grüne Referent geht. Lieber Joachim, Du hast zwar Deine Dankesworte vorher schon gesprochen. Trotzdem ist es ganz schön, wenn Du auch von uns hörst, wie wir

Dich in den letzten Jahren gesehen haben. Wie gesagt, es ist für die Fraktion nicht leicht. Der letzte Grüne geht. Es ist natürlich auch so, dass ein Verbündeter geht, der in der Verwaltung für uns einiges auf den Weg gebracht hat. Ich glaube, das darf ich so sagen, weil der Referentenposten ein politisches Amt und kein reines Verwaltungsamt ist. Es wird häufig politisch besetzt. Deshalb darf man dazu sagen, dass es für uns politisch sehr wichtig war, dass ein grüner Referent die Gesundheits- und Umweltpolitik vertreten hat. Du warst nicht nur ein Verbündeter von uns, sondern bist auch ein Referent mit einem großen Wissen, einer großen Kompetenz und viel Erfahrung. Ich glaube, dass diese Kompetenz und Erfahrung auch von vielen anderen Gremien geschätzt worden ist, in denen Du den Vorsitz geführt hast. Du bist u. a. Vorsitzender des Klimabündnisses und Vorsitzender im Umweltausschuss des Deutschen Städtetages. Es ist sehr schade, dass uns diese Erfahrung und dieses Wissen künftig nicht mehr zur Verfügung stehen werden.

Wichtig war, dass Du die ökologischen Ziele nie aus den Augen verloren hast. Du hast dafür gesorgt, dass München grüner wird, und zwar nicht im Sinne von grüner Parteipolitik, sondern einfach mit Blick auf das Grün in der Stadt. München ist auch viel ökologischer geworden. Dafür möchten wir uns sehr herzlich bedanken. Es war sicher nicht immer leicht, weil Du es als grüner Referent nicht leicht gehabt hast, gerade in den vielen Jahren, in denen wir gemeinsam mit der SPD regiert haben. Du hast es aber immer wieder geschafft, mit Deiner Kompetenz und mit Deinem Wissen in schwierigen Verhandlungen zu überzeugen. Du konntest argumentieren, Du hast Deinen Sachverstand eingebracht. Deswegen sind wir immer zu guten Entscheidungen gekommen. Es waren aus unserer Sicht sicher Kompromisse, aber Kompromisse werden in einer Koalition immer geschlossen. Wir sind damit ein Stück weitergekommen, und das war für uns sehr wertvoll. Du hast auch Konflikte, die manchmal nicht leicht waren, nicht persönlich genommen und warst nicht beleidigt, sondern hast immer nach vorne geblickt und an der Sache gearbeitet, um diese voranzubringen.

Eines möchte ich noch sagen: Ich bewundere sehr an Dir, dass Du Deine Begeisterungsfähigkeit für die Umweltpolitik in München nie verloren hast, und das nach so vielen Jahren in diesem Amt. Das ist etwas, das Dich sehr auszeichnet. Es gibt, wie wir wissen, in der Politik nicht nur Schönes, sondern auch sehr viel Frust. Wenn man sich die Begeisterungsfähigkeit über so viele Jahre erhält, ist das etwas ganz Besonderes. Dies alles werden wir ab Juni schmerzlich vermissen. Wir bedanken uns bei Dir sehr herzlich für die konstruktive Zusammenarbeit, für den Input, für die Kompetenz, für die Erfahrung und vor allem für Deine Toleranz. Wir wünschen Dir viel Zeit für die Dinge, für die Du bisher keine Zeit hattest. Du fährst nach Namibia und besuchst Deine Tochter. Wir wünschen Dir auch für alle anderen Unternehmungen viel Zeit, auch für die Familie, für Entspan-

nung und andere Interessen. Wir wissen, dass Du der Politik erhalten bleibst und würden uns freuen, wenn Du öfter bei uns vorbeikommst und wir Dich ab und zu um Rat fragen dürfen.

Vielen Dank. - (Allgemeiner Beifall - Der Oberbürgermeister und Stadtratsmitglieder der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/RL überreichen Bfm. StR Lorenz einen Blumenstrauß.)

**Vertretung der Landeshauptstadt München  
im Aufsichtsrat der MGH-Münchner Gewerbehof- und  
Technologiezentrumsgesellschaft mbH**

Aktensammlung Seite 1769

**Beschluss:**

Nach Antrag

**Stadtwerke München GmbH  
Zusammensetzung des Aufsichtsrats**

Aktensammlung Seite 1771

**Beschluss:**

Nach Antrag

**Dringende Hilfe für Syrien - Aufstockung der  
Spendengelder des Orienthelfer e. V.**

Aktensammlung Seite 1773

**Beschluss:**

Nach Antrag

### **Umbesetzung im Kinder- und Jugendhilfeausschuss**

Aktensammlung Seite 1775

**Beschluss:**

Nach Antrag

### **Kunstareal - modifizierte Alternative 5**

#### **Diverse Empfehlungen**

Aktensammlung Seite 1781

**Beschluss:**

**Vertagt** in die nächste Sitzung der Vollversammlung des Stadtrates.

### **GeodatenService München (GESM); Personalzuschaltung für den Bereich SoBoN, Umlegung**

Aktensammlung Seite 1785

**Beschluss:**

Nach Antrag

**Weiterführung des Forschungsprojekts  
„Aufarbeitung der Rolle der Stadtverwaltung  
und der städtischen Beteiligungsgesellschaften  
im 3. Reich“; inklusive Weiterführung des  
Projekts Gedenkbücher für Opfer des Nationalsozialismus**

Aktensammlung Seite 1791

**Beschluss** (gegen die Stimme der BIA):

Nach Antrag

**Verbot von Laubbläsern durch die Stadt München  
Laubbläserverbot nach Grazer Vorbild - alternativ  
Umrüstung auf Elektrogeräte  
Antrag Nr. 344 von Bündnis 90/Die Grünen/RL  
vom 21.10.2014 sowie Empfehlungen Nr. 291 und 321 von  
Bürgerversammlungen**

Aktensammlung Seite 1797

OBM Reiter:

- (Zuruf von StRin Krieger) - Die Grünen bringen ihren allseits bekannten Änderungsantrag wieder ein und bitten um gesonderte Abstimmung.

Der Änderungsantrag Nr. 1005 „Verbot von Laubbläsern durch die Stadt München“ von Bündnis 90/Die Grünen/RL wird gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/RL, DIE LINKE. und ÖDP **abgelehnt**.

Der Antrag des Referenten wird **einstimmig beschlossen**.

**Klimaschutzaktionsplan für Zielgruppen außerhalb der Verwaltung  
(private Haushalte, Wirtschaft,  
Industrie, Verbände, Vereine etc.)**

Aktensammlung Seite 1799

**Beschluss** (gegen die Stimmen der Fraktion Freiheitsrechte, Transparenz und  
Bürgerbeteiligung, AfD, DIE LINKE., ÖDP und BIA):

Nach Antrag

Erklärungen zur Abstimmung:

StRin Haider:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Grundsätzlich sind wir für einen Klimaschutzaktionsplan und stehen diesem positiv gegenüber. Dieses Grobkonzept ist aber mit Strukturen ausgestattet, die unserer Meinung nach viel zu bürokratisch sind. Die Verwaltung wird sich damit selber beschäftigen. Inhaltlich kommt zu wenig an. Deshalb haben wir dagegen gestimmt.

StR Dr. Mattar:

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren! In dem Punkt stimme ich mit Frau Haider überein. Auch wir finden es viel zu bürokratisch. Bei der Debatte hat sich herausgestellt, dass es noch weitergehende Überlegungen zu einer sogenannten aufsuchenden Umweltberatung gibt. Schon im Ausschuss habe ich gesagt: Wenn jemand zu mir nach Hause kommt und die Glühbirne herausdreht, ist wirklich der Punkt erreicht, bei dem wir nicht mehr mitmachen. - (OBM Reiter: Wieso? Im Bedarfsfall kann das doch hilfreich sein! - Heiterkeit) - Aber nur, wenn sie nicht mehr brennt. Ich glaube, wir schütten wieder einmal das Kinde mit dem Bade aus. Deshalb haben wir gegen diese Vorlage gestimmt.

**Weiterführung von JADE an allen Mittelschulen  
und an Förderzentren in München**

Aktensammlung Seite 1801

**Beschluss** (gegen die Stimme der BIA):

Nach Antrag

**„Integration macht Schule im Quartier“ (ImSQ)  
Interkulturell- und stadtteilorientiertes Projekt zur  
Elternbildungsarbeit im HasenbergI, in  
Berg am Laim/Ramersdorf und in Neuperlach**

Aktensammlung Seite 1819

**Beschluss** (gegen die Stimme der BIA):

Nach Antrag

**Anpassung der Personalausstattung an die gestiegene Zahl von Flüchtlingen im Amt für Wohnen und Migration; Personalbedarf in der Leitung und der Geschäftsstelle des Amtes für Wohnen und Migration aufgrund des wachsenden Personalbestandes u. a.**

Aktensammlung Seite 1831

**Beschluss** (gegen die Stimme der BIA):

Nach Antrag

**„Schule für Alle“  
Fortführung und Verstetigung des Projektes  
als Förder- und Beratungsprogramm**

Aktensammlung Seite 1835

**Beschluss** (gegen die Stimme der BIA):

Nach Antrag

**Änderung des Flächennutzungsplanes  
mit integrierter Landschaftsplanung für den Bereich V/48  
Heidemannstraße (südlich), Lilienthalallee (westlich)  
Maria-Probst-Straße (östlich) - ehem.  
Ausbesserungswerk Freimann**

Aktensammlung Seite 1839

**Beschluss** (gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/RL, DIE LINKE. und ÖDP):

Nach Antrag

StR Ruff:

Ich verweise auf meine Erklärung im Ausschuss.

**Novellierung der Baumschutzverordnung -  
Herausnahme der Gattung Fichte;**

Aktensammlung Seite 1841

**Beschluss** (gegen die Stimmen der Fraktion Freiheitsrechte, Transparenz und  
Bürgerbeteiligung, Fraktion Bürgerliche Mitte - FW/BP, AfD und BIA):

Nach Antrag

StR Altmann:

Ich verweise auf meine Erklärung im Ausschuss.

**Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Freigabe von Verkaufszeiten während des allgemeinen Ladenschlusses (Ladenschlussverordnung)**

Aktensammlung Seite 1857

Ziffer 1 des Antrages des Referenten wird gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/RL, ÖDP, DIE LINKE. und BIA **beschlossen**.

Ziffer 2 des Antrages des Referenten wird gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/RL, ÖDP, DIE LINKE., Fraktion Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung sowie BIA **beschlossen**.

In der Gesamtabstimmung wird der Antrag des Referenten gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/RL, DIE LINKE., ÖDP und BIA **beschlossen**.

Erklärung zur Abstimmung:

StRin Neff:

Wir haben Ziffer 2 nicht zugestimmt, weil wir möchten, dass der Oberbürgermeister einer weltoffenen Stadt auf Landesebene dafür eintritt, dass wir endlich aus der Provinzialität heraustreten, man also endlich auf Landesebene die Gesetzeslage ändert. Danke.

**Bestätigung von Ausschussbeschlüssen**

Die Anträge der Referentinnen und Referenten zu den Tagesordnungspunkten B 1, 4, 5, 9 bis 14, 18, 20, 21, 22, 24, 26 und 29 bis 35 werden ohne Aussprache **einstimmig beschlossen**. (Aktensammlung Seite 1789 - 1855)

Die Bekanntgabe zu Punkt B 15 der Tagesordnung wird **zur Kenntnis genommen**. (Aktensammlung Seite 1815)

**Die LHM beteiligt sich an der Konsultation  
zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der EU  
Antrag zur Dringlichen Behandlung**

BM Schmid:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Frau Kollegin Dietrich, Sie haben einen Antrag zur Dringlichen Behandlung gestellt, dass sich die Landeshauptstadt München an der Konsultation zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der EU beteiligt. Dieser Antrag ist deshalb nicht dringlich, weil bereits eine Beschlussvorlage für die nächste Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Wirtschaft fertig und auf dem Weg zum Oberbürgermeister ist. In dieser Vorlage wird die Beteiligung dargelegt. Damit im Hinblick auf die Frist Ende Juli 2015 keine Zeit verloren geht, arbeiten alle daran. Ihrem Anliegen wird voll Rechnung getragen und das Thema in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Wirtschaft behandelt.

**Sexismus-Problem ernst nehmen!**  
**Bericht über die Umsetzung des Beschlusses**  
**der Vollversammlung vom 27.11.2013**  
**- Bekanntgabe -**

Aktensammlung Seite 1765

StRin Sabathil:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Es ist eine Bekanntgabe. Bekanntgaben haben es oft an sich, dass man sie durchwinkt. Das wollte ich nicht. - (Unruhe) - Ich warte, bis etwas mehr Ruhe einkehrt. Ich meine, das Thema ist so wichtig, dass wir es in der Vollversammlung ansprechen müssen. Ich schicke voraus, falls ich mich irre: Die Vorlage behandelt im Wesentlichen, wie sich die einzelnen Beteiligungsgesellschaften in dieser Frage verhalten. - (Unruhe) - Es wäre nett, wenn die Damen zumindest ihre Lautstärke mäßigen könnten.

Die Vorlage zeigt, dass es viele Beteiligungsgesellschaften gibt, die sich bisher nicht damit beschäftigt haben. Sie zeigt aber auch, dass sich viele damit beschäftigt haben. Was die Vorlage nicht wirklich zeigt, ist, was sexuelle Belästigung genau ist. Auf Seite 10 der Vorlage steht:

*„Wenn nicht bekannt ist, wo Diskriminierung und sexuelle Belästigung anfängt und keine klaren Regeln für konkrete Fälle vorhanden sind, kann sexuelle Belästigung auch gerade unter dem Schutz des Anspruchs eines vertrauensvollen Miteinanders und eines guten Arbeitsklimas stattfinden.“* - (Unruhe)

Es muss nicht alle interessieren! - (Zwischenruf) - Ja, geht ins Weißwurstzimmer! - (OBM Reiter: Ein gewisses Maß an Ruhe würden wir begrüßen!) - Ich habe in der Vorlage nicht gefunden, was sexuelle Belästigung konkret ist. Punkt 3 (Fazit) auf Seite 10 unterstützt meine Ansicht. Es ist hier nirgends zu finden.

Bevor ich weitermache, frage ich einmal: Gibt es stadintern einen Kriterienkatalog, was sexuelle Belästigung ganz genau ist? Weiß jemand etwas darüber? - (BM Schmid: Wir werden die Fragen später beantworten.) - Herr Bürgermeister, es geht mir um Folgendes: Wenn es einen Kriterienkatalog gibt, wäre ich dafür, dass wir ihn bekommen, und zwar bevor wir uns über die Bekanntgabe unterhalten. - (Zuruf von StRin Dietrich) - Doch, Frau Kollegin Dietrich. Mich würde der Kriterienka-

talog interessieren. Es wundert mich, dass er Sie nicht interessiert! Falls es keinen gibt, würde ich dafür plädieren, dass wir einen vorlegen. Denn wenn wir schon etwas unternehmen wollen, können wir in der Stadt natürlich am ehesten anfangen.

Ich habe einmal im Internet ein bisschen etwas herausgesucht. Das ist teilweise so widersprüchlich, dass ich eigentlich ganz gerne eine Antwort hätte. - (Unruhe) - Herr Kollege Kuffer!

- (OBM Reiter: Viel leiser ist es sonst auch nicht, Frau Sabathil!) - Nein, Herr Oberbürgermeister, aber wenn es direkt neben und hinter mir ist, dann stört es mich. Es tut mir leid, das darf ich dann auch sagen! Ob die da hinten schwätzen, ist mir „wurscht“. Aber wenn es direkt neben mir ist, möchte ich es nicht! - (Zurufe - StRin Dr. Menges: Ich habe nichts gesagt!) - Nein, du bist völlig schuldlos, das ist richtig!

Ich persönlich bin mit dem, was bei Wikipedia steht - ich habe nichts anderes Gescheites gefunden - nicht zufrieden. Es erklärt mir auch Vieles nicht. Man muss vielleicht dazu sagen: Ich bin seit 64 Jahren als Frau unterwegs - oder als weibliches Wesen. In diesen 64 Jahren hat sich ungeheuer viel getan. Ich glaube, dass viele jüngere Kolleginnen das gar nicht wissen können. Sie waren damals noch nicht auf der Welt. Ich nenne nur einmal ein paar Beispiele: Wenn man früher als junges Mädchel einen Klaps auf den Po bekommen hat, dann war das normal. Leider! Dann gab es das sogenannte „Zwickerbussi“. Ich weiß nicht, ob jeder weiß, was das ist. Vielleicht gab es das auch nur in Bayern. Das war so eine mehr oder minder lustige Form der Annäherung, und wenn Sie als Frau gesagt haben, „Was soll jetzt das?“, galten sie als zickig. Was besonders schlimm ist: Es gab keine Vergewaltigung in der Ehe. Das existierte nicht als Delikt, sondern im Gegenteil, es gab die eheliche Pflicht.

Ich sage das deswegen, weil man sich diese Dinge heute gar nicht mehr vorstellen kann. Es ist hervorragend, dass es heute so ist, wie es ist. Ich weiß noch, damals, als dieses Gesetz vor ca. 15 bis 20 Jahren eingeführt worden ist, haben sogar die Frauenverbände gesagt: „Naja, jetzt wollen wir es mal nicht übertreiben!“ Gott sei Dank hat man sich damals durchgesetzt und es gibt die Vergewaltigung in der Ehe. Ich könnte dazu noch viele Beispiele nennen, das tue ich jetzt aber nicht.

Heute gibt es - das beschreibe ich nur als Gegensatz dazu und überhaupt nicht, weil ich es gut finde! - die sog. Brüderle-Geschichte: Der Brüderle sitzt an der Bar mit einer Journalistin. - (Zwischenrufe) - Frau Kollegin Dietrich, wenn es Sie nicht interessiert, gehen Sie doch einfach ins Weißwurstzimmer! Sie müssen gar nicht hier sitzen. - (Zuruf von StRin Dietrich) - Der Brüderle sagt zu einer Journalistin bei einem Glas Wein, sie hätte ... Ich weiß es nicht mehr genau. Irgen-

etwas mit ihrem Dirndl oder so etwas. Ein Jahr später fällt der Journalistin ein: „Da hat mich jemand sexuell belästigt.“ Ein Jahr später! Das sind die Extreme, zwischen denen wir uns heute bewegen. Ich könnte noch viele Extreme aufzählen, aber das mache ich jetzt natürlich nicht.

Ich frage nun nach Ihrer Meinung. Ich nehme drei Punkte aus dieser Richtlinie heraus. Einmal heißt es:

*„Es ist für das Verfahren unerheblich, ob der/die Betroffene sich gewehrt hat oder die Belästigung duldete.“*

Das finde ich schwierig, ehrlich gesagt. Wenn jemand nicht sagt, was ihn stört, kann man nicht ... - (StRin Demirel: ... dass das Gott sei Dank so ist!) - Sie können sich nachher gerne melden. Auf der anderen Seite heißt es - das finde ich auch unglaublich:

*„Ein Notwehrrecht kommt der belästigten Person nur zu, solange der Angriff stattfindet: Solange die Betroffene den Zudringling also ohrfeigt oder ihm auf die Finger schlägt, solange er seine Hand noch an ihrer Brust hat, wäre sie gemäß § 32 StGB gerechtfertigt, sofern ihre Abwehrhandlung die Grenzen des Erforderlichen nicht überschreitet.“*

Das geht doch überhaupt nicht! Wenn ich als Belästigte sozusagen die Schrecksekunde verpasse, dann darf ich ihm keine mehr knallen. Das gibt es doch einfach nicht! Es sind so viele Widersprüchlichkeiten in diesem Regelwerk. Ich frage Sie einfach einmal, was Sie davon halten. Zuletzt heißt es z. B., man könne ordentlich kündigen, wenn das Einstellungsgespräch in einer Sauna stattgefunden hat. Entschuldigung! Ich kann mir überhaupt nicht vorstellen, wie ein Einstellungsgespräch in der einer Sauna stattfinden kann!

Das sind, ziemlich kurz gefasst, die Aspekte, die ich in den Richtlinien nicht verstehe. Darum hätte ich gerne, dass die Stadt eigene Richtlinien herausgibt. Das können wir heute beschließen oder nicht. Ich würde ansonsten einen Antrag stellen, denn ich möchte gerne, dass alle zu ihrem Recht kommen. Ich möchte, dass jeder weiß, was sexuelle Belästigung ist. Das ist nicht klar. Ich habe mit einigen Leuten gesprochen: Es ist nicht klar, es steht nicht in der Vorlage.

Mein Ziel sind zwei Dinge: Ich will, dass jeder, Männer *und* Frauen, zu ihrem Recht kommen und nicht sexuell belästigt werden. Das möchte ich sehr dringend! Auf der anderen Seite möchte ich, dass wir das Klima nicht so vergiften, dass es zwischen Männern und Frauen noch schwieriger

wird. Wenn ich das mit meiner Jugend vergleiche: Da war alles nicht so schwierig. Ich sehe das bei meinen Töchtern. Es ist teilweise so eine vergiftete Atmosphäre entstanden. Ich möchte auch nicht, dass ein Mann und eine Frau sich nicht mehr gemeinsam in den Aufzug trauen, weil nachher einer von beiden sagt: „Die - oder der - hat mich angelangt.“

Ich denke, zwischen diesen beiden Extremen müssen wir etwas finden. Darum bitte ich dringend: Geben Sie doch für die Stadtverwaltung einen Kriterienkatalog heraus, wo man ganz genau sieht, was los ist. Herr Oberbürgermeister, ich glaube, dafür sind Sie verantwortlich. Wenn nicht, dann werden Sie sicher jemanden finden. Ich hätte von meinem gesunden Menschenverstand her gedacht, ein Nein ist ein Nein - fertig! Dafür brauche ich keinen Kriterienkatalog. Aber es ist heute nicht mehr so einfach. Das beginnt ja schon beim Anschauen! Ich denke, hier müssen Kriterien vorliegen: Wann darf ich wohin schauen? - (BM Schmid: ... im Anschluss.) - Wenn es im Anschluss erklärt wird, bedanke ich mich für die nicht ungeteilte, aber geteilte Aufmerksamkeit und bitte auch um Ihre Beratung. Wie gesagt, in meinem langen Frauenleben hat sich unglaublich viel geändert und man kommt oft überhaupt nicht mehr nach. Ich habe meine Töchter gefragt: „Soll ich das überhaupt aufrufen?“ Darauf haben die gesagt: „Mami, ruf es auf - egal, wie du damit ankommst!“ Das habe ich jetzt gemacht. - (Beifall der Bürgerlichen Mitte FW/BP)

OBM Reiter:

Bitte auf der Tribüne nicht klatschen, das dürfen wir nicht. Das ist eben so. Sie können es gerne positiv zu Kenntnis nehmen.

- BM Schmid übernimmt den Vorsitz -

StRin Dietrich:

Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Die Überschrift dieser Vorlage lautet „Sexismus-Problem ernst nehmen!“. Frau Sabathil, es tut mir leid, es geht um eine ernste Debatte, um Ernsthaftigkeit und auch um Schutz im Umgang mit dem Thema. Ihr Redebeitrag hat zu der Ernsthaftigkeit nicht wirklich viel beigetragen, weil Sie sehr viel in einen Topf geworfen haben. Beim Thema „Vergewaltigung in der Ehe“ sind wir natürlich alle sehr erleichtert und froh: Wir haben sehr lange dafür gekämpft, dass das ein Straftatbestand ist, und für das Gewaltschutzgesetz. Aber das gehört nicht hierher. Sie haben hier eine Kiste aufgemacht und sich auf der anderen Seite sehr auf diesen Kriterienkatalog bezogen. Ich denke - ich hoffe es jedenfalls -, dass ich mit meinem Redebeitrag und vielleicht auch das POR dazu beitragen kann, ein paar Informationen zu geben - auch für Sie -, damit das noch einmal klarer wird.

Es war schon nachzulesen, dass sich ein Stück weit Frustration breitmacht. Wenn man die Vorlage liest, hat man nicht nur den Eindruck, sondern es ist einfach so, dass dies von Vielen nicht wirklich ernst genommen wird. Es wird zum einen nicht als Problem oder Problemfeld wahrgenommen und zum anderen der Handlungsbedarf nicht erkannt. Ich sage hier ganz deutlich: Es geht nicht darum, Panik zu machen, einen Generalverdacht auszusprechen oder zu sagen, das steht in allen Gesellschaften, der Stadtverwaltung oder wie auch immer auf der Tagesordnung.

Es geht darum, die Problematik zu erkennen, dass dies passieren kann und dass es Maßnahmen zum Schutz von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern braucht. Wir wissen, dass sexuelle Übergriffe vorkommen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich oft nicht trauen, das anzuzeigen bzw. sich an die entsprechenden Stellen zu wenden, die es bei der Stadt gibt. Wir wissen auch, dass die Dunkelziffer hoch ist. Es geht ferner darum, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gut zu informieren, damit klar ist, die Stellen existieren, sie können sich vertraulich und anonym an diese wenden und erfahren dort Schutz. Es ist natürlich wichtig für Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, dass sie das den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mitteilen.

Es geht nicht darum, dass jede kleine GmbH eine Anlaufstelle einrichtet. Das können die nicht. Wir haben beim POR eine Anlaufstelle. Frau Sabathil, ich würde Sie bitten, sich dazu zu informieren! Sie funktioniert und arbeitet sehr gut und wird auch in Anspruch genommen.

Natürlich gibt es Definitionen und Kriterien, aber es ist natürlich auch immer ein individuelles Erleben. Das kann man nicht wie in einem Katalog abhaken. Frau Dr. Beyerle, vielleicht können Sie dazu noch einmal etwas sagen. Es gibt auch die Gleichstellungsstelle, die hier sehr eng mit dem POR zusammenarbeitet, an die sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ebenfalls wenden können. Wenn es einen Fall eines sexuellen Übergriffes gibt, ist die Gleichstellungsstelle auch verpflichtet, sich an das POR und an die Beschwerdestelle zu wenden. Wie gesagt: Es gibt Definitionen und Kriterien. Ich würde Sie wirklich bitten, sich zu informieren!

Es geht natürlich auch darum, für die Gesellschaften Fortbildungen anzubieten - für Führungskräfte, aber auch für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter -, damit klarer wird: Wann liegt ein Fall vor, oder an wen kann ich mich wenden? Es geht darum, das bekannt zu machen, ein Problembewusstsein herzustellen. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern soll sowohl von der Stadt - das wird auch getan - als auch von den Gesellschafts-Geschäftsführern gezeigt werden: Wir dulden das nicht, wir greifen das Thema auf und nehmen die Verantwortung für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ernst.

Wir hätten erwartet, dass zumindest diese Erkenntnis bei allen Gesellschaften vorhanden ist. Das ist aber nicht der Fall. Wir erwarten von den großen und größeren Gesellschaften ein Konzept, eine Konzeption und eine eigenständige Struktur. Auch das ist klar. Das POR und die Gleichstellungsstelle können hier sicher hilfreich sein, weil sie das seit Jahren wirklich hervorragend bearbeiten. Ich war schon sehr irritiert und zum Teil auch verärgert, weil man bei einigen Gesellschaften in der Vorlage liest: „Es gibt keine Notwendigkeit“ oder „Hier herrscht ein angenehmes, freundschaftliches Klima“. Ja und? Was heißt denn das? Dort steht auch: „Das wird in der nächsten Aufsichtsratssitzung behandelt“ oder „Bei uns ist kein Platz für Sexismus und Homophobie“ .

Das ist alles gut und schön, aber was heißt das denn? Bei einer Äußerung habe ich mir wirklich gedacht: Na super! „Mit gesundem Menschenverstand und Respekt kommt man weiter. Das ist unsere Prävention“, schreibt eine Gesellschaft. Das liest sich alles sehr schön, nur funktioniert es nicht, und es ist einfach nicht richtig. Man muss sagen, diese Erkenntnis ist wirklich nicht vorhanden, sonst würden solche Antworten nicht kommen. Bei einer Gesellschaft stand auch noch, dass es ein Antidiskriminierungskonzept gibt, in dem sexuelle Belästigung nicht explizit berücksichtigt wird. Das geht einfach nicht!

Aber es gibt auch Bemühungen von Gesellschaften. Es gibt Vorbereitungen, es bestehen bereits Betriebsvereinbarungen. Das ist wichtig und gut. Das muss man auch erwähnen. Insgesamt muss man aber sagen, dass das so einfach nicht geht. Es ist frustrierend und ärgerlich, und man kann sich nur wundern, dass die städtischen Gesellschaften so abfallen von dem, was die Stadt schon seit vielen Jahren anbietet. Es mangelt hier wirklich an Wissen und an Problembewusstsein. Dadurch wird dies natürlich auch verharmlost und tabuisiert. Gerade das ist auch ein riesenproblem: Verharmlosung und Tabuisierung. Da muss man raus.

Wir wissen, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in dieser Situation sich oft nicht trauen. Da gibt es einiges zu tun in Bezug auf die städtischen Gesellschaften. Deswegen ist das Fazit, das aus der Vorlage gezogen wird, und das, was der Oberbürgermeister gesagt hat, richtig. Ich nehme Sie hier auch beim Wort. Sie haben angekündigt, sich dafür einzusetzen und dafür zu sorgen, dass diese Defizite behoben werden. Davon gehen wir aus. Das muss man einfordern, weil es in der Tat so nicht geht. Ich würde auch darum bitten, dass man in absehbarer Zeit - vielleicht in einem Jahr - noch einmal einen Bericht im Stadtrat dazu liefert. Das wäre sehr gut. Ich würde mir wünschen, dass es dann auch eine Stellungnahme der Gleichstellungsstelle gibt. Ich weiß nicht, warum zu diesem Thema keine Vorliegt. Das erwarten wir. Ansonsten würden wir bitten, das umzusetzen. Danke! - (Beifall von Bündnis 90/Die Grünen/RL)

BM Schmid:

Ich schließe mich nahtlos an den Oberbürgermeister an. Bitte applaudieren Sie nicht auf der Tribüne. Buh-Rufe sind genauso wenig zulässig. Bitte respektieren Sie die Willensbildung hier im Stadtrat.

StRin Messinger:

Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich hätte es etwas besser gefunden, wenn diese Vorlage den normalen Gang gegangen wäre und zur Diskussion in den Verwaltungs- und Personalausschuss gekommen wäre. Die Begründung, dass es eine übergreifende Thematik ist und deswegen gleich in der Vollversammlung behandelt wird, leuchtet mir nicht ein. Das haben wir im Verwaltungs- und Personalausschuss sehr häufig, z. B. auch beim Thema „Führungskräfte bei den städtischen Beteiligungsgesellschaften - Wie sieht es hier im Augenblick aus? Wie viele Frauen und Männer gibt es?“

Zusätzlich - was auch richtig ist - ist das eine Bekanntgabe. Aus diesem Grund können wir eigentlich keinen Antrag stellen, sondern wie Frau Dietrich gesagt hat, nur eine Bitte äußern. Wir, die SPD-Stadtratsfraktion, haben deswegen heute Morgen schon einen Antrag gestellt, dass wir auf alle Fälle wollen, dass ein weiterer Umsetzungsbericht in zwei Jahren erfolgt. Wie vorher schon ausgeführt worden ist, zeigt diese Bekanntgabe, dass es bei manchen städtischen Beteiligungsgesellschaften eine sehr starke Sensibilisierung gibt und auch Präventions- und Handlungskonzepte erarbeitet worden sind. Bei anderen Gesellschaften besteht aber noch nicht einmal eine Sensibilisierung für dieses Thema. Darum gehen wir auch davon aus, dass der Oberbürgermeister seinen eigenen Auftrag sehr ernst nimmt und weiter dran bleibt. Wir sind aber auch als Stadtrat verpflichtet, uns über den weiteren Fortgang berichten zu lassen, damit wir wissen, wie es dort weitergeht.

Was mich an der Vorlage wirklich ein bisschen erschreckt hat, ist, dass bei manchen Gesellschaften überhaupt nicht bekannt ist, was die Landeshauptstadt München zu diesem Thema alles macht und dass es hier Beratungsstellen gibt. Darüber war ich wirklich mehr als erschrocken. Anders kann man es nicht sagen. Man sieht, man muss dran bleiben und das Sexismus-Problem ernst nehmen. Deswegen gibt es unseren Antrag, den wir heute Morgen schon im RIS gestellt haben, dass dazu ein weiterer Umsetzungsbericht in zwei Jahren erfolgt. - (Beifall der SPD)

StRin Grimm:

Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! „Sexismus-Problem ernst nehmen!“ - ich denke, dass wir als Stadt hier auf dem richtigen Weg sind und der Herr Oberbürgermeister das mit die-

ser Vorlage zumindest in Angriff genommen hat. Meine Fraktion und ich sind der Meinung, kein Mensch - egal ob eine Frau oder ein Mann - darf diskriminiert oder sexuell belästigt werden. Deswegen kann ich mich eigentlich auch meinen Vorrednerinnen anschließen, dass wir dieses Thema öffentlich weiter diskutieren müssen.

Die städtischen Beteiligungsgesellschaften sind teilweise auf einem hervorragenden Weg, aber es sind eben nur 10 von 23. Ich denke, bei den anderen 13 könnten wir noch ein bisschen nachhaken und in die Tiefe gehen. Ich habe mir so einige Anmerkungen gemacht. Bei einer Gesellschaft bin ich sogar selbst im Aufsichtsrat, ich werde da auch gelegentlich nachhaken. Wichtig ist, dass es klare Regeln gibt und dass alle Männer und Frauen wissen, wo sie sich hinwenden müssen. Ich bin ganz sicher: Es gibt da eine Dunkelziffer. Allein dadurch, dass wir hier an diesem Ort immer wieder davon sprechen und an solchen Vorlagen weiterarbeiten, zeigen wir, dass wir es ernst und wichtig nehmen. Deshalb schließe ich mich der Bitte an, mit dem Herrn Oberbürgermeister weiter dran zu bleiben und alle gemeinsam wachsam und offen weiter daran zu arbeiten. Vielen Dank!  
- (Beifall der CSU)

StDirin Dr. Beyerle:

Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Bei mir in der Rechtsabteilung im Personal- und Organisationsreferat befindet sich seit Jahren die zentrale Beschwerdestelle für sexuelle Belästigung, inzwischen auch ergänzt durch häusliche Gewalt. Wir arbeiten dort sehr intensiv an und mit diesem Thema. Wir führen Schulungen durch. Wir haben erschreckend viele Fälle und viel Beratungsbedarf - auch seitens der Gesellschaften. Gerade die Gesellschaften erkundigen sich bei uns immer wieder: Was kann man machen? Das geschah auch jetzt im Vorfeld dieser Vorlage, was wir sehr günstig gefunden haben. Wir stehen für alle beratend zur Verfügung, wenngleich wir rein formal nicht zuständig sind. Wir sind nur für städtische Beschäftigte zuständig.

Frau Sabathil, was Ihr Problem angeht, was eigentlich als sexuelle Belästigung gilt und ob es einen Kriterienkatalog bei der Stadt gibt: Dazu muss man sagen, ein Kriterienkatalog in dem Sinne existiert nicht, aber es gibt sehr wohl Bestimmungen. Ich habe mir gerade für Sie ein Text herunterbringen lassen, der die Grundlage für unsere Arbeit schildert. Wenn ich kurz dazu etwas sagen darf, was wir als sexuelle Belästigung bei der Stadt bestimmen:

*„Sexuelle Belästigung (...) ist jedes unerwünschte, sexuell bestimmte, körperliche, verbale oder nonverbale Verhalten, das bezweckt oder bewirkt, dass die Würde der betreffenden Person verletzt wird. Insbesondere unerwünschte sexuelle Handlungen und Auffor-*

*derungen zu diesen, (...) körperliche Berührungen, Bemerkungen sexuellen Inhalts sowie unerwünschtes Zeigen und sichtbares Anbringen von pornografischen Darstellungen, auch mittels EDV.“*

Dann wird bestimmt, was „unerwünscht“ ist:

*„Unerwünscht ist ein Verhalten (...), wenn für die/den Handelnde/n erkennbar ist, dass die betreffende Person das Verhalten ablehnt.“*

Das muss nicht bereits vorher abgelehnt sein. Es wird also ganz genau bestimmt: Wann ist es unerwünscht und woran kann ich das erkennen? Das kann der städtische Belästiger lesen. Dann gibt es Bestimmungen, was eigentlich sexuelle Handlungen sind - mit Beispielen:

- *„Unerwünschte Einladungen oder Briefe mit eindeutiger Absicht*
- *aufgedrängte körperliche Berührungen (...)*
- *Kneifen ins Gesäß*
- *Küssen auf den Mund*
- *Legen des Arms um die Schulter einer Auszubildenden“ - was gerne gemacht wird - etc.*

Das sind nur Beispiele. Es ist ganz klar, es gibt viele Verhaltensweisen.

*„Bemerkungen sexuellen Inhalts sind Äußerungen über sexuelles Verhalten, Partnerwahl, sexuelle Neigungen oder die Ausstrahlung und das Erscheinungsbild An- oder Abwesender.“*

Also z. B. Gespräche über den Hintern von irgendwelchen Personen. Die müssen nicht sein. Dann gibt es dieses ganze Thema „Zugänglichmachen von pornografischen Dingen“ - ich schicke z. B. Pornografie in einer städtischen Mail. Das ist nicht besonders angenehm, es ist aber auch nicht selten. Dann bestehen natürlich auch weitere Formen. Womit wir es inzwischen häufiger zu tun haben, ist Stalking. Stalken kann ich mit allem: mit EDV, mit Mails, im Büro und auch außerhalb. Das ist eine ganz schwierige Angelegenheit.

Ob ein Verhalten dann geeignet ist, die Würde des Betroffenen zu verletzen, das bestimmt sich nicht nach subjektivem Empfinden, sondern auch nach objektiven Maßstäben. Wenn aber z. B. eine scheinbare harmlose Äußerung - „Sie sehen heute wieder gut aus“ - jeden Tag kommt und mit einem Blick verbunden wird, mit dem man gescannt wird, dann ist die Bemerkung vielleicht harmlos, sie scheint ein Kompliment zu sein. Nur, wenn ich das jeden Tag bekomme und dazu gescannt werde, ist das natürlich etwas anderes. Insoweit muss man da - das ist das nicht Abschließende - individuell schauen: Was ist das? Es gibt die Beschwerdemöglichkeiten bei uns. Ich weiß nicht, ob Ihnen das genügt. Ich denke, ich kann damit aufhören. Ich würde Ihnen aber gerne das hier überreichen. Das ist der Personalhandbuchs-Beitrag, in dem dies alles ausführlich steht. - (Zuruf von StRin Sabathil) - Ich bringe es Ihnen.

Die Bekanntgabe wird **zur Kenntnis genommen**.

**Hilfe für Geschädigte des Asiatischen  
Laubholzbockkäfers  
Antrag Nr. 405 von StR Schall vom 07.11.2014  
Empfehlung Nr. 195 der Bürgerversammlung  
des Stadtbezirks 15 Trudering-Riem vom 09.10.2014**

Aktensammlung Seite 1767

StR Schall:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Asiatische Laubholzbockkäfer ist nun auch in München angekommen, nachdem er sich die letzten Monate nur am Rande der Stadt bewegt hat. Es ist sehr wichtig, dass wir weiterhin unser Grün, unsere Bäume schützen. Die Bäume sind das Wichtigste, das wir gerade in den Außenbereichen, in Trudering, in Waldperlach haben. Hier müssen wir schauen, dass wir das nachhaltig schützen und uns für den Erhalt der Bäume bzw. für die Bekämpfung des Laubholzbockkäfers einsetzen.

Die Vorlage ist sehr umfangreich. Es sind sehr viele Beispiele enthalten, wie das funktioniert. Die Umlandgemeinden haben sich selbst verpflichtet, dass sie etwas dagegen tun, dass sie die Koordination übernehmen. In anderen Bundesländern haben es die Bundesländer übernommen. Was ganz klar und deutlich aus der Vorlage herauskommt, ist, dass die Bereitschaft zur Bekämpfung des Laubholzbockkäfers und auch zum Melden des Befalls nur vorhanden ist, wenn auch eine Koordination durch eine städtische oder staatliche Stelle vorgenommen wird. Deswegen ist es nach wie vor sehr wichtig, dass wir hier die Koordination übernehmen, um das Ganze zu bekämpfen.

Deswegen haben wir vor zwei Wochen einen Antrag eingebracht und jetzt einen Änderungsantrag, auf den wir eingegangen sind. Wir wollen zum einen, dass es ein koordiniertes Vorgehen bei der Bekämpfung gibt, und zum anderen, dass sich die Stadt für einen Sonderfonds zur Unterstützung der Betroffenen bei der Neupflanzung einsetzt. Es gibt hierzu auch einen Änderungsantrag der Grünen, der inhaltlich sehr ähnlich ist.

Unser Änderungsantrag lautet in Ziffer 2 neu: *„Es wird in Zusammenarbeit mit der Kämmerei geprüft, inwieweit ein Sonderfonds für Besitzer geschädigter Bäume eingerichtet werden kann.“* Ziffer 4 neu besagt, dass sich die Landeshauptstadt München ihrer Verantwortung bewusst wird und

sich als Ansprechpartner für die Bekämpfung einsetzt, das heißt: das Absperren, das Fällen und das Entsorgen der betroffenen Bäume. Danke! - (Beifall)

StR Danner:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen, Herr Kollege Schall! Herzlichen Dank für den Auftakt. Ich kann mich Ihnen im Wesentlichen anschließen, möchte aber noch einige ergänzende Ausführungen machen.

Das Problem betraf bislang nur die Umlandgemeinden und den östlichen Münchner Stadtrand. Die Bezirksausschüsse 15 und 16 waren betroffen. Aber durch diese Überschreitung der Stadtgrenze hat es jetzt eine andere Dynamik und eine andere Bedeutung bekommen. Wir dürfen das Problem - so klein der Käfer ist - definitiv nicht kleinreden, und wir müssen das Risiko, das auf die Stadt zukommt, klar und deutlich benennen.

Bis vor einer Woche ging es um fünf Laubbaumarten, zwischenzeitlich geht es laut EU um 15 Gattungen, wovon 25 bis 30 Laubbaumarten betroffen sind. Im Moment sind fast alle bei uns heimischen Laubbäume betroffen, von der Fällung im nahen Umkreis eines ALB-Befalls und vom Monitoring noch weitere. Selbst eine Eichenart gehört durchaus in den Risikobereich.

Die Vorlage ist gut, leider Gottes aber nicht vollständig. Sie betrifft nur die Finanzen und das Thema Privatgrundstücke. Aber ein weiterer Befall würde massive landschaftsverändernde Eingriffe im Münchner Osten bedeuten. Ich mag es mir nicht vorstellen, wenn im Riemer Park plötzlich kein einziger Laubbaum mehr steht. Das kann uns drohen. Das Riemer Wäldchen, das vor etwa 20 Jahren mit großem Aufwand angepflanzt wurde: Es besteht das Risiko, dass davon fast nichts mehr steht. Nach jetzigem Kenntnisstand stehen dann von den ca. 20 Baumarten im Riemer Wäldchen nur mehr Kiefer und Eiche. Es drohen dort massive Veränderungen, wenn wir das Problem nicht in den Griff bekommen.

Wir müssen schnellstmöglich schauen, dass die Koordination aus einer Hand passiert, und da gibt es für mich nur die Alternative, dass die Stadt das übernimmt. Denn die Stadt ist mit Abstand der größte Grundstückseigentümer in der Messestadt. Das Riemer Wäldchen ist dem Kommunalreferat zugeordnet, der Riemer Park dem Baureferat, Gartenbau und die Straßenbäume dem Baureferat, Tiefbau. Die Stadt ist mit Abstand der größte Betroffene. Daher macht es Sinn, wenn die Stadt schnellstmöglich die Koordination der Bekämpfungsmaßnahmen übernimmt.

Die Stadt sollte keine Zeit damit verlieren, ob denn gegebenenfalls der Freistaat dazu verpflichtet ist, das zu übernehmen. Ich bin kein Jurist und kann es nicht einschätzen. In der ersten Vorlage, die für den Personalausschuss vorgesehen war und dem Bezirksausschuss zugeleitet wurde, steht ein Absatz, der in der heutigen Vorlage fehlt, aber enorm wichtig ist. Mit Erlaubnis des Oberbürgermeisters darf ich zitieren:

*„Da in Bayern die Bekämpfungsmaßnahmen im Siedlungs- und Offenlandbereich zwar auf Anordnung und unter der fachlichen Aufsicht der zuständigen bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft durchgeführt werden, die Behörde allerdings nicht selbstständig organisatorisch tätig wird, verlagert sich die Frage nach der Koordination und Abwicklung aus einer Hand vollständig auf die Kommunen.“*

Das schreibt das Direktorium in der Vorlage für den nächsten Personalausschuss, der sich wahrscheinlich nicht mehr damit beschäftigen muss. In der heutigen Vorlage steht dieser Satz nicht mehr. - (OBM Reiter: Weil es da nicht um München ging, sondern um die Umlandgemeinden!) - Nein, es heißt: *„... verlagert sich die Frage nach der Koordination und Abwicklung aus einer Hand vollständig auf die Kommunen.“* Da steht nicht Umlandgemeinden, sondern Kommunen. Dazu hätte ich gerne eine Erklärung.

Deshalb haben wir diesen Änderungsantrag gestellt, dass die Landeshauptstadt München als größter Grundstückseigentümer in der Messestadt jetzt kurzfristig die Koordination und die gebündelte Abwicklung der Maßnahmen aus einer Hand übernimmt. Mittelfristig bis langfristig können wir weiter in Verhandlung treten, dass der Freistaat das übernimmt. In erster Linie geht es darum, keine Zeit mehr zu verlieren und die Maßnahmen aus einer Hand zu koordinieren.

Wir können beim Punkt 2 gerne dem Antrag der CSU folgen und ziehen unseren Änderungsantrag, Ziffer 2 zurück. Die weiteren Ziffern unseres Änderungsantrags stellen wir zur Abstimmung. Herzlichen Dank! - (Beifall)

OBM Reiter:

Kolleginnen und Kollegen! Es ist zutreffend, dass eine durchaus nennenswerte Bedrohung auf uns zukommt. Das will niemand bestreiten, und das müssen wir zur Kenntnis nehmen. Ich hoffe, sie wird sich nicht in der vom Kollegen Danner beschriebenen infernalischen Weise auf München ausweiten, aber diese Einschätzung kann derzeit niemand zutreffend tätigen: weder positiv noch negativ.

Zu den Änderungsanträgen: Was sagt ein Oberbürgermeister, wenn jemand beantragt, dass wir für Leistungen zahlen sollen, für die wir nicht zuständig sind? Ausweislich der Vorlage, Seite 10, hat die Kämmerei dazu etwas gesagt, und das ist alles, was auch ich dazu sagen kann: Wir übernehmen hier Aufgaben und Zahlungen, die uns nicht obliegen. Das können Sie beschließen. Letztlich mache ich nur darauf aufmerksam, dass es nicht unsere Aufgabe ist und dass wir auch nicht dafür zuständig sind, das zu bezahlen, so wie es die Kämmerei gesagt hat.

Die Kämmerei kann natürlich erneut prüfen, ob es einen Fonds geben kann, der hier einspringt, wenn der Freistaat Bayern mal wieder etwas länger braucht oder wenn das Geld, das der Freistaat zur Verfügung stellt, nicht reicht. Wenn Sie wollen, dass wir als Stadt München unser Geld in die Hand nehmen, können Sie das mehrheitlich so beschließen. Ich halte das eindeutig für den falschen Ansatz. Ich finde es einigermaßen überraschend, dass der Freistaat Bayern in Verhandlungen 100.000 € anbietet unabhängig davon, ob es sich um Germering handelt oder um die Landeshauptstadt München. Denn die Zahl der Bäume und die Zahl der Grünflächen dürfte sich dramatisch unterscheiden! Deswegen wäre mein Petition: Wenn es um Finanzen geht, schauen wir bitteschön auf den, der dafür auch die Verantwortung trägt, und das ist rechtlich eindeutig der Freistaat Bayern.

Andere Bundesländer haben das übrigens auch so gesehen, und auch der Freistaat Bayern wehrt sich nicht dagegen. Er versucht erst einmal, auf die Bremse zu treten. Das ist der Sachstand. Ich prognostiziere Ihnen: Er wird auf der Bremse stehen bleiben, wenn wir jetzt sagen, dass die Stadt zahlt. Das wird ihn sicherlich ermuntern zu sagen, 100.000 € müssen reichen, den Rest soll die Stadt München bezahlen. So viel zum Thema Finanzen. Ob das jetzt der Antrag der CSU oder der Grünen ist, es läuft auf das Gleiche hinaus. Es ist letztlich eine Bezahlung von Forderungen, für die wir nicht zuständig sind.

Zur Übernahme der Koordination: Das klingt unglaublich freundlich, aber was ist denn damit gemeint, liebe Kolleginnen und Kollegen? Herr Danner, ich kann Sie beruhigen: Wenn uns die Grundstücke gehören, kümmern wir uns bereits darum. Da brauchen wir niemand anderen zu fragen. Aber was passiert auf den privaten Flächen? Heißt es, dass wir dort Fällungen in Auftrag geben, Ansprechpartner für die Unternehmen sind, die Entsorgung vornehmen und versuchen, von den Eigentümern das Geld zurück zu erlangen? Ist das Ihr Wunsch? Dann müssen Sie ihn auch so formulieren.

„Koordination“ ist ein bisschen sehr schwammig. Wir müssen wissen, was Sie beantragen und was ggf. beschlossen wird. Deswegen ist mir in der Beschreibung dessen, was wir tun sollen, „Koordination“ viel zu dünn. Für Koordination ist übrigens auch der Freistaat Bayern zuständig, er hat dafür sogar ein eigenes Landesamt, wir nicht. Ich will dem Freistaat Bayern aus dem bisherigen Kenntnisstand nicht unterstellen, dass er sich nicht darum kümmern würde. Wieso sollten wir das annehmen? Ich habe keinen Hinweis darauf, dass der Freistaat Bayern sich seiner Aufgabe, für die das Landesamt zuständig ist, nicht stellt. Deswegen halte ich es für ein bisschen früh, in Vorleistung zu gehen, wenn wir keine anderen Erkenntnisse haben.

Aber wenn Sie das schon beschließen wollen, dann sollten Sie der Verwaltung die Möglichkeit geben, auch zu verstehen, was Sie beschließen. Dann muss man mit dem Wort Koordination auch deutlich aussprechen, was wir wollen. Geht es darum, dass wir beauftragen und zahlen? Dann müssen Sie noch klären, ob wir das Geld an den Eigentümern zurückverlangen sollen oder ob wir es Ihnen gleich schenken. Das sollten Sie so ehrlich beantragen, damit wir alle wissen, was wirklich Gegenstand dieses Antrags ist. Ich will mich nicht dagegen verwehren. Es ist Ihr gutes Recht, das zu tun, aber man muss deutlich machen, was wir hier tun sollen. Sonst ist nach sechs Monaten der nächste Antrag da, dass die Verwaltung nicht getan hat, was der ehrenamtliche Stadtrat von ihr verlangt. Deswegen bitte ich ausdrücklich noch mal um eine Präzisierung, was das Thema Koordination betreffen soll.

Ziffer 5 neu des Änderungsantrags von DIE GRÜNEN würde ich teilen. Das tun wir ohnehin, nämlich den Freistaat auffordern, eine vernünftige Summe zur Verfügung zu stellen, die der Größe Münchens entspricht, wenn wir sie brauchen. Das ist das Petitum. Das kann ich gerne mittragen. Aber ich würde ausdrücklich darum bitten, sich erst einmal bewusst zu werden, dass wir bzw. der Münchner Steuerzahler Geld in die Hand nimmt, für das wir letztlich die Verantwortung tragen, und das eigentlich der Freistaat Bayern in die Hand nehmen müsste.

Außerdem würde ich noch mal um Präzisierung bitten, was Sie denn von der Verwaltung im Rahmen der Koordinierungsaufgaben wollen. Sollen wir eine Stelle einrichten, die wir dann natürlich auch brauchen? Wir haben keine Laubholzbockkäfer-Koordinierungsstelle. Wenn wir sie einrichten sollen, tun wir das. Das kostet allerdings auch Geld. Das müssten Sie bitteschön mitbeschließen. Wir müssen dann ein Telefon einrichten, bei dem Menschen anrufen und sagen können: Kommt zu uns, bei uns ist ein vermeintlicher Befall! Dann müssen wir jemanden dahin schicken und ein Gutachten anfertigen lassen. Wenn das alles unter Koordination verstanden wird, sagen Sie es!

Dann werden Sie in der nächsten Sitzung von mir eine Vorlage bekommen, was das alles kostet. Das ist die klare Konsequenz daraus. - (Beifall)

StR Danner:

Herr Oberbürgermeister, tut mir leid, ich muss Ihnen deutlich widersprechen. Es gibt durchaus andere Themenbereiche, wo die Stadt freiwillige Leistungen übernimmt, für die eigentlich der Freistaat zuständig ist. Außerdem steht in der Vorlage des Direktoriums, dass der Freistaat sich bereit erklärt hat, für die Stadt München wie für die Umlandgemeinden 100.000 € bereitzustellen.

Diese 100.000 € reichen sicherlich nicht für das ganze Stadtgebiet, aber im Moment für einen ersten Aufschlag in der Messestadt. Die Messestadt hat eine ausdrückliche Insellage, und Eigentümer ist dort in erster Linie die Landeshauptstadt München und verhältnismäßig wenige Private. Unter den Privaten ist beispielsweise auch die städtische Wohnungsbaugesellschaft GEWOFAG. Diese 100.000 € sollten für einen allerersten Aufschlag reichen. - (OBM Reiter: Darf ich kurz unterbrechen, Herr Danner?)

Unser Antrag lautet: *„Die Landeshauptstadt München übernimmt kurzfristig bis auf Weiteres wegen des enormen ...“* - (OBM Reiter: Super präzise!) - Das ist so präzise, dass wir schnellstmöglich den ersten Aufschlag machen. Denn das Schlimmste, was passieren könnte, ist, dass der Käfer aus der Messestadt übergreift. Da sind wir uns doch hoffentlich einig. Deswegen sollten wir nicht ewig lange mit dem Freistaat verhandeln, weil wir so nicht weiterkommen, sondern wir sollten den Käfer so schnell wie möglich in dieser Insellage in den Griff bekommen. Mit diesen 100.000 € können wir einen ersten Aufschlag machen.

Zum Begriff Koordination in unserem Punkt 3 neu: *„(...) da bei ALB-Befall eine Koordination und gebündelte Abwicklung aller Maßnahmen aus einer Hand notwendig ist.“* Da zitiere ich lediglich die Vorlage auf Seite 8 oben: Dort steht im Zusammenhang der Erwartungen des Freistaats an die Landeshauptstadt München dieser Satz, etwas anders gestellt, im ersten Absatz, nämlich *„dass bei ALB-Befall auf Privatgrund die Koordination und gebündelte Abwicklung aller Maßnahmen aus einer Hand vor Ort absolut notwendig sei“*. Wenn ich in unserem Änderungsantrag die Vorlage zitiere, dann nehme ich es ungern an, dass uns mangelnde Präzision vorgeworfen wird. Dann muss es anders in der Vorlage stehen. - (OBM Reiter: Es wird ja nur der Freistaat zitiert!) - Nichtsdestotrotz steht es so drin ... - (OBM Reiter: Weil der Freistaat es so gesagt hat!) - ..., dass eine Notwendigkeit zur Koordination und Abwicklung aus einer Hand besteht, weil die privaten Eigentümer schlichtweg überfordert sind. Ebenso steht in der Vorlage, dass das Engagement der privaten Ei-

gentümer bei der Bekämpfung des ALB deutlich nachlässt, wenn sie finanzielle Nachteile zu erwarten haben. Insofern ist dieses Signal von der Landeshauptstadt München dringend erforderlich.

OBM Reiter:

Darf ich noch mal nachfragen? Herr Kollege Danner, trauen Sie sich nicht, oder wollen Sie nicht aussprechen, was Sie von uns erwarten? - (Heiterkeit) - Ich würde es gern wissen. Ich habe eine relativ einfache Frage gestellt.

StR Danner:

Koordination und Abwicklung der erforderlichen Maßnahmen erfolgten beispielsweise in den Umlandgemeinden Neubiberg, Haar und Feldkirchen aus einer Hand. Genau das erwarte ich schnellstmöglich auch in der Landeshauptstadt. Ich denke, wir haben alle das dringende Ziel, den ALB so schnell wie möglich in den Griff zu bekommen. - (Zwischenruf von StR Altmann) - Wenn wir ihn nicht in den Griff bekommen, sind wir in der Landeshauptstadt München die Hauptbetroffenen. Denn unsere Bäume müssen gefällt werden. Der Freistaat ist ein bisschen größer und nur auf einem kleinen Segment betroffen. Aber wir sind in vollem Umfang betroffen, und wir sehen die Prävention hier an allererster Stelle. Wenn wir dafür mit 100.000 €, die wir vom Freistaat bekommen, in Vorleistung treten müssen, dann ist das nur recht und billig.

OBM Reiter:

Das war jetzt der zweite Versuch, der auch nicht weitergeholfen hat. Wie gesagt: Ich weiß nicht genau, was Sie von uns wollen. Heißt Koordination, dass wir ein Sorgentelefon einrichten, dass wir die entsprechenden Unternehmen beauftragen, dass wir privatrechtliche Verträge für die Grundstückseigentümer übernehmen? Wollen Sie das alles? Herr Schall nickt wenigstens. Er weiß wenigstens, was er will. Das ist ein Vorteil. - (Zwischenruf)

Ich weiß nicht, ob Sie das ernsthaft beschließen wollen. Aber wenn Sie das tun, werde ich Ihnen im nächsten Plenum auf jeden Fall eine Vorlage präsentieren, was uns das kostet. Das können wir gerne tun. Ich weise noch mal darauf hin, dass es in den Umlandgemeinden völlig unterschiedlich gehandhabt wurde und die Durchreichung von 100.000 € keineswegs der Landeshauptstadt München zugutekommt. Das wollte der Freistaat Bayern nicht. Wir dürfen die Fällungen auf unseren Flächen gegebenenfalls selber zahlen und müssen uns um unsere Angelegenheiten selber kümmern. Diese 100.000 € dienen dazu, dem einen oder anderen Grundstückseigentümer eine Fällung zu ermöglichen, der es sich vielleicht nicht leisten kann oder gerade nicht flüssig ist. Eile ist

trotzdem erforderlich. Aus diesem Grund hat sich der Freistaat Bayern letztlich zu diesen 100.000 € bereit erklärt.

Zur Koordinierung sieht er sich nicht bereit, obwohl er dafür eine eigene Behörde hat, und obwohl andere Bundesländer dies völlig anders sehen. Ich weiß nicht, warum diese Behörde nicht dazu in der Lage sein sollte, ihre eigene Aufgabe zu erfüllen. Aber wenn Sie das besser wissen, ist es auch okay. Aus meiner Sicht kann ich Ihnen nur abraten, das zu beschließen, weil wir uns präventiv einen Schuh anziehen, der nicht unserer ist.

StR Altmann:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Herr Oberbürgermeister, Sie sprechen mir voll aus dem Herzen. Ich sehe das nämlich genauso. Dem Kollegen Danner geht es nur um einen Bereich, und das ist Riem. Hier wird Kirchturmpolitik betrieben, die gesamte Stadt ist nicht im Fokus von Herrn Danner.

Neubiberg steht bereits in der Öffentlichkeit. Was ist mit Waldperlach bzw. was ist mit der gesamten Stadt in Bezug auf diesen Sonderfonds, den wir nach Ihren Anträgen einrichten sollen? Von welcher Summe sprechen wir? Das können wir nicht überschauen. Momentan öffnen wir das Füllhorn der Stadt immer mehr, und es kommt heute noch eine Vorlage, mit der wir 30 Mio. € bereitstellen. In welcher Höhe wollen Sie den Sonderfonds einrichten, wenn die 100.000 € vom Freistaat kommen? Wir können nicht einigen etwas geben und anderen sagen, wir haben jetzt kein Geld mehr. Es geht nicht, dass die einen etwas bekommen und die anderen in die Röhre schauen.

Zum Engagement und den Leistungen der Stadt: Die Stadt München hat rechtzeitig mit Wurfsendungen, mit Schreiben an die Eigentümer zu Fragen informiert wie: Was ist, wenn der Befall auf die Stadt München übergreift, wenn auch private Grundstücke und Bäume betroffen sind? Wie geht man vor? Wie wird das behandelt? Das ist auch ins Internet eingestellt worden. Da ist schon im Vorfeld viel gelaufen, bevor der Befall überhaupt auf München übergegriffen hat. Ich werde beide Anträge von der CSU und von den Grünen ablehnen. Mich interessiert, von welcher Summe wir sprechen, die wir, über die ganze Stadt verteilt, zur Verfügung stellen müssen.

StR Dr. Mattar:

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Wir sind der Meinung, dass man prüfen sollte, ob ein solcher Sonderfonds eingerichtet werden kann. Diesen Punkt 2 tragen wir mit. Aber bei allen anderen Dingen schließen wir uns voll und ganz dem Oberbürgermeister an. Das ist eine Aufgabe

des Freistaates. Hier sollten wir nicht als Ansprechpartner und als Koordinator auftreten, weil das die Kompetenzen verwischt. Wir haben nachher noch mal eine größere Diskussion zum gleichen Thema. Danke!

StR Reissl:

Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich versuche, mich in die Situation eines Grundstückseigentümers hineinzudenken, der mit einem solchen Befall konfrontiert wird und der vielleicht 10, 15 oder 20 Bäume hat. Wenn so etwas mehrfach auftritt, verstehe ich, dass sich der Einzelne finanziell überfordert fühlt.

Aber die Frage ist nicht dadurch zu beantworten, dass dann Gemeinde für Gemeinde einspringt. Sollte sich herausstellen, dass es tatsächlich einen größeren Befall durch einen solchen Schädling gibt, dann ist das nach meiner Einschätzung viel eher vergleichbar mit anderen Naturereignissen wie Sturmschäden oder Überschwemmungen. Da ist es auch nicht üblich, dass einzelne Gemeinden Finanzierungen leisten, das machen gegebenenfalls der Bund, aber in der Regel die Bundesländer: auch vor wenigen Tagen bei diesem Sturmereignis zwischen Aichach und Augsburg oder bei großen Überschwemmungen wie vor zwei Jahren an der Donau. Das ist typischerweise eine Aufgabe des Freistaats Bayern oder des Landes Nordrhein-Westfalen oder des Landes Baden-Württemberg. Es ist typischerweise nicht eine kommunale Aufgabe.

Deswegen verstehe ich den Lösungsansatz, dass dann die Gemeinde einspringt, halte ihn aber trotzdem für falsch. Warum greifen wir schon wieder freudig bei einer Aufgabe zu, die definitiv nicht unsere ist? In allen anderen Fällen von Naturereignissen und Naturkatastrophen lösen dies eben nicht die Gemeinden, sondern die Bundesländer.

StR Ruff:

Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Herr Reissl, wir greifen nicht freudig zu, sondern es ist eine Zwangslage. Wir haben Angst davor, dass etwas passiert. Es geht auch nicht darum, einen größeren Befall zu verhindern, wie Sie gesagt haben. Es reicht ein Käfer, und schon muss man eingreifen und aus Gründen der Prävention in einem großen Umkreis einen Kahlschlag hinlegen.

Dann ist es in unserem ureigensten Interesse, dass dieser eine Käfer, der irgendwo in einem Hinterhof einen einzelnen Baum befallen hat, samt Baum möglichst schnell entfernt wird. Es ist in unserem ureigensten Interesse, vorzubeugen, dass es nicht einen halben Kilometer weiter wieder zu einem Befall kommt, vielleicht wieder durch einen einzigen Käfer.

Der Freistaat ist nicht in jedem Hinterhof präsent und kann nicht jeden Baum kontrollieren. Stellen Sie sich vor: Die Anwohner im Hinterhof merken vielleicht, da tut sich was, und überlegen: An wen muss ich mich wenden? Wer könnte die Kosten übernehmen? Wie veranlasse ich diese Fällung? Wie schwierig ist sie? Ein einziger Baum kann immense Kosten verursachen, weil er in einem Hinterhof steht, weil es eine gefährliche Fällung ist, weil man ein Spezialunternehmen beauftragen muss, weil man die Fällung erst einmal genehmigen lassen muss usw. Wir haben schließlich eine Baumschutzverordnung.

Es ist nicht ganz einfach. Wenn der Freistaat seinen Verpflichtungen nicht nachkommen kann oder will oder vielleicht auch gerade einfach noch Zeit braucht, um in die Gänge zu kommen, ist es in unserem ureigensten Interesse, dem vorzugreifen. Formal mögen viele Gründe dagegen sprechen, und formal ist wirklich der Freistaat zuständig. Wenn wir aber erkennen, dass Maßnahmen nicht ausreichend ergriffen werden, dann lasst uns jetzt das Geld in die Hand nehmen und lasst uns den Freistaat vielleicht auch ein Stück vor uns hertreiben. Wir müssen Schlimmes verhindern, eine enorme Bedrohung kommt hier auf uns zu. Man stelle sich einmal vor, ein Käfer taucht in einem der großen städtischen Parkanlagen oder im Englischen Garten auf, was dann los ist. In Amerika hat man das Problem verschlafen, dort rechnet man mit Schäden bis zu 2 Mrd. \$. Da spricht man nicht mehr von 100.000 €, mit denen man jetzt in Vorleistung gehen muss. Das ist ein immenses Problem. Darum noch einmal der Appell: Gehen wir *jetzt* in Vorleistung - wahrscheinlich wird es auf lange Sicht ohnehin wesentlich mehr! - (Beifall)

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/Rosa Liste:

Punkt 2 neu: wird zurückgezogen.

**Punkt 3 neu:** wird mit den Stimmen der antragstellenden Fraktion (14 Stimmen), der CSU-Fraktion (25 Stimmen einschließlich der des Bürgermeisters), von DIE LINKE.(2 Stimmen) und der ÖDP(2 Stimmen), mit einer Mehrheit von insgesamt 43 Stimmen, **beschlossen**.

**Punkt 4 neu:** wird gegen die Stimmen der Fraktion Bürgerliche Mitte - FREIE WÄHLER/BAYERNPARTEI, der AfD und der Fraktion Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung **beschlossen**.

**Punkt 5 neu:** wird gegen die Stimme der BIA **beschlossen**.

Änderungsantrag der CSU:

**Ziffer 2 NEU:** wird mit den Stimmen der antragstellenden Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/Rosa Liste, der Fraktion Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung, der ÖDP, der AfD und von DIE LINKE. **beschlossen.**

Ziffer 4 NEU: wird zurückgezogen

Der insoweit geänderte Referentenantrag wird in der Gesamtabstimmung **einstimmig beschlossen.**

- OBM Reiter übernimmt den Vorsitz -

- Die Tagesordnungspunkte A 7 und A 8 werden gemeinsam behandelt. -

**Unterbringung von Flüchtlingen und Wohnungslosen  
in München; 5. Standortbeschluss  
und  
Programm zur Unterbringung von Flüchtlingen  
und Wohnungslosen  
Antrag 965 vom 28.04.2015**

Aktensammlung Seite 1777 und 1779

Bfm. StRin Meier:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir legen ihnen heute den Standort Hofmannstraße noch einmal kurzfristig vor. Hierzu hat letzte Woche eine Besichtigung stattgefunden, und wir haben uns am Freitag im Stab zur Unterbringung von Flüchtlingen darauf verständigt, die Hofmannstraße vorzuschlagen. Zu diesem Zeitpunkt war die Beschlussvorlage schon im Endstadium. Eigentümerin des Objektes an der Hofmannstraße war ehemals die Siemens AG, jetzt ist es die PATRIZIA Immobilien AG.

Hier könnten relativ schnell das erste Stockwerk und das Erdgeschoss für eine Gemeinschaftsunterkunft ertüchtigt werden. Zurzeit wird über den Mietvertrag verhandelt. Es zeichnet sich sogar ab, dass die Regierung von Oberbayern selbst anmieten möchte und die PATRIZIA Immobilien AG selbst dann auch die Umbaumaßnahmen vornehmen möchte. Wie legen Ihnen den Vorschlag trotz noch notwendiger Klärungen vor, weil wir diese Einrichtung relativ schnell umrüsten könnten und das nächste Plenum in sechs Wochen ist. Wir schlagen es Ihnen auch deshalb vor, weil es sich sozialräumlich gut einfügt.

Allmählich bewegen wir uns auf der Zielgeraden, diesen Standort eingerechnet. Nur im Zeitverlauf haben wir massive Probleme. Bezogen auf den Königsteiner Schlüssel haben wir aktuell eine Unterdeckung von 300 Plätzen. Wir haben mit der Regierung von Oberbayern immer intensive Gespräche. Weil wir ab August und dann im Herbst noch einmal massiv aufnehmen können, geht die

Regierung hier gut mit. Wenn es zu Zuweisungen kommt, können wir innerhalb eines Tages den Notreservestandort an der Fauststraße mit 80 Plätzen und in vier Wochen auch die Richard-Strauss-Straße hochfahren.

Zum Thema Betreuung nur eine kurze Anmerkung. Hier haben wir größere Schwierigkeiten. Die Idee Pförtner mit Sonderaufgaben finden wir alle sehr gut, sie wird auch vorgeschlagen. Es gibt aber einen Unterschied zur Situation in den 90er Jahren. Damals hat die Landeshauptstadt München die Flüchtlingsunterkünfte selbst betrieben. Sie war damit allein „Hausherr“ in der Betreuung und Versorgung der Flüchtlinge. Jetzt sind die Regierung von Oberbayern, die Asylsozialberatung und auf jeden Fall als dritte Schnittstelle der Pförtner mit Sonderaufgaben der LHM beteiligt. Als vierte Schnittstelle kommt gegebenenfalls auch für die städtische Aufgabe der Kinderbetreuung ein anderer Träger hinzu. Um das zu vermeiden, sind wir jetzt in intensiven Diskussionen mit den Wohlfahrtsverbänden. Wir wollen einen Wohlfahrtsverband aus der Asylsozialarbeit als Träger haben, der dann auch die Aufgabe Pförtner mit Sonderaufgaben übernehmen könnte. In diesem Sinne werden wir in den nächsten Tagen verhandeln, damit wir einen Träger mit dieser Aufgabe betrauen können. Vielen Dank!

StR Altmann:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich habe nur eine Verständnisfrage. Wir werden selbstverständlich diesen Standorten zustimmen. Das haben wir in der Vergangenheit auch so gehalten. Dies gilt auch für die neuen Vorschläge aus den Anträgen von SPD und CSU.

Mir geht es jetzt nur um die Hofmannstraße und um das richtige Verständnis. Wir haben erst letzte Woche den Bebauungswettbewerb abgeschlossen. Dort sollten eigentlich sowohl das Siemens-Hochhaus als auch die umliegenden Grundstücke für Wohnbebauung genutzt werden. Schnellstmöglich sollten alle Beschlussvorlagen erstellt werden.

- Was würde das für die geplante Bebauung durch die PATRIZIA Immobilien AG heißen? In der Vorlage ist von einer ca. dreijährigen Belegung die Rede.
- Was würde das bedeuten für den Umbau des Siemens-Hochhauses? Wird dieses Projekt zurückgestellt oder könnte es trotzdem ausgeführt werden, auch, wenn die Vorlagen beschlossen sind?

Noch eine Verständnisfrage zu den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen aus dem Ergebnisprotokoll für den Stab. Sie schreiben: *„173 Zugänge in der letzten Woche, 109 Inobhutnahmen*

und 39 Abverlegungen“. Je nachdem, wie ich rechne - vielleicht rechne ich auch falsch? - mir fehlt noch etwas zu 173. Wo ist die Differenz? Je nachdem, wie man es rechnet, können es 25 sein, ich komme auf 63. Hier kann man viel interpretieren: Wo sind die noch Fehlenden, wenn man 173 und die Zahl der Inobhutnahmen anschaut? Wie setzen sich die Zahlen zusammen? Danke!

StRin Demirel:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Da wir die Tagesordnungspunkte 7 und 8 zusammen besprechen, beziehe ich mich auch auf die zwei Vorlagen. Dass das jetzt mit der Hofmannstraße funktioniert hat, begrüßen wir sehr. Wir hatten gedacht, dass es eigentlich viel früher hätte stattfinden können. Wir wissen aber, dass das nicht am Sozialreferat gelegen hat. Wir hoffen, dass die Gewerbeflächen soweit instand gesetzt werden, dass sie durch die Sanierung zu gut geeigneten Wohnräumen werden. Menschen sollen dort nicht nur kurzfristig ein neues Zuhause bekommen.

Im Besonderen begrüßen wir folgenden Punkt: Wir haben im letzten Plenum schon sehr ausführlich die Problematik in Zusammenhang mit den vielen Unterkünften besprochen, die teilweise von 300 Personen, Familien mit Kindern, bewohnt werden, wenn dort die Betreuung nach 17:00 Uhr oder am Wochenende nicht gewährleistet sein sollte. Dazu haben wir einen Ergänzungsantrag ins Plenum eingebracht, der dankenswerterweise auch mehrheitlich unterstützt wurde. Hier haben wir die entsprechende Vorlage, wonach die Betreuung in den Unterkünften jetzt auch zu diesen Zeiten gewährleistet werden soll. Als die Stadt in den 90er Jahren für Asylbewerber zuständig war, haben wir das erprobt. Wir haben gute Erfahrungen gemacht mit dem Betreuungssystem „Pfortner mit Sonderaufgaben“. Dabei geht es nicht nur darum, Sicherheitsaufgaben wahrzunehmen, sondern wirklich auch pädagogische Aufgaben mit zu übernehmen. Diese Pfortner sollen auch als Ansprechpersonen, als Bezugspersonen für die Bewohnerinnen in den Unterkünften, aber auch im Stadtteil zur Verfügung stehen.

Wir wissen natürlich, dass die Stadt mittlerweile nicht mehr mit dieser Aufgabe befasst ist. Die Sozialreferentin hat es auch angesprochen. Daher finden wir den Weg nachvollziehbar, der in der Vorlage beschrieben ist: Den freien Trägern, die auch die Sozialbetreuung in den Unterkünften übernehmen, stellt man ein Budget zur Verfügung. Sie führen dann die Einstellung dieser Personengruppe durch. Das ist im Moment der einzige Weg, um das Verfahren zu entbürokratisieren. Mit der Eröffnung der Unterkünfte muss das Personal vor Ort sein, so kann man es zügig beschaffen.

Es war uns auch im letzten Plenum ein ganz wichtiges Anliegen, die Finanzierung dieses Aufgabenbereichs so zu gestalten, dass die Mittel nicht in das Beratungsbudget einfließen. Die Sozialberatung wird vom Freistaat finanziert. Wir wissen, dass die freien Träger mit ca. 20 % immer noch einen sehr hohen Anteil an Eigenmitteln erbringen müssen. Jeder Cent, den wir als Stadt für das Beratungsbudget zur Verfügung stellen, reduziert den Zuschuss des Freistaates und nicht den Eigenmittelanteil der freien Träger, was sinnvoll wäre. Die beiden Budgets müssen und dürfen sich nicht vermischen! Mit dem Geld, das die Stadt zur Verfügung stellt, soll auch wirklich diese primäre Aufgabe übernommen werden. Es ist eine freiwillige Leistung der Stadt München. Es ist aber auch ein Muss, wenn man will, dass in den Stadtteilen dieses Miteinandersein gut funktioniert.

Wir haben in der Vorlage vermisst, dass unser Ergänzungsantrag nicht als „grüner“ Ergänzungsantrag sichtbar ist. Wir unterstellen aber keine böse Absicht, sondern denken, das ist der Eile geschuldet. Wenn man bedenkt, dass das im letzten Plenum beschlossen worden ist und wir heute die Vorlage dazu haben, ist es wohl der Beschleunigung des Themas geschuldet. Wir nehmen das jetzt tolerant zur Kenntnis, werden es aber in Zukunft besser beobachten. Das würde ich der Verwaltung noch mitgeben.

Ich würde gerne doch zwei Sätze sagen zum Thema Flüchtlinge und zur aktuellen Situation. Das wird nicht nur in München diskutiert, sondern ist bundesweit ein Thema. Wir dürfen bei der ganzen Diskussion um die Vielzahl der Flüchtlinge aus den uns wohlbekannten Krisenherden der Welt eines nicht vergessen: Wir leben in einer Stadt mit 1,6 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern. München hat nach dem Königsteiner Schlüssel, dem Verteilungsschlüssel für Bayern, die Zuständigkeit und die Übernahmeverpflichtung für 12.000 Flüchtlinge. Um die Dramatik in dieser Flüchtlingspolitikdiskussion etwas herauszunehmen, müssen wir uns immer wieder die Zahlen vor Augen halten. Wir müssen die Relationen sehen: die Größe der Stadt, in der wir leben, und die Zahl der Flüchtlinge, über die wir reden. Man muss sich vor Augen führen, dass wir über 12.000 Flüchtlinge reden, die die Stadt München übernehmen und unterbringen soll. Wir wissen dabei wohl, dass wir in einer Stadt leben, die nicht mit großzügigen Flächen ausgestattet ist. Das kommt erschwerend dazu. Das hat nun mal mit den Verhältnissen im Münchner Stadtgebiet zu tun.

Wir müssen die Diskussion über die Flüchtlingspolitik wieder auf eine Sachebene bringen. Wir müssen sie auf eine Ebene bringen, wo es um gesetzliche Verpflichtungen geht, die die Stadt München erfüllt. Wir wollen nicht immer wieder mit der Diskussion konfrontiert werden: „Um Gottes willen, was machen wir mit so vielen Flüchtlingen?“ Wir reden von 12.000 Flüchtlingen für die Stadt München.

In Anbetracht dessen muss ich auch zum AfD-Änderungsantrag zwei Sätze sagen: Liebe AfD-Kollegen, Sie bemühen sich, bei dem Thema Flüchtlingspolitik Distanz zu einer rechtsradikalen Partei aufzubauen. Trotzdem merkt man in Ihrem Änderungsantrag und in Ihren Statements immer wieder, dass Sie versuchen, dieses Thema als Aufhänger herzunehmen, um zu *zünden*. Und das betone ich. Rechtsradikale Parteien sagen das in klaren Worten. Dadurch bieten Sie eine Reibungsfläche. Hier können alle Demokratinnen und Demokraten aufstehen, dem etwas entgegensetzen und dieses ablehnen. Der rechtspopulistische Weg, den Sie bei dem Thema einschlagen, ist viel, viel gefährlicher. Weil Sie nämlich ein bestimmtes Bild aufbauen. Wenn ich Ihren Änderungsantrag anschau, mit den Erwartungen, die Sie dort formulieren, bauen Sie ein Bild auf, in dem Sie suggerieren, nicht klar benennen, dass wir unterwandert werden von Flüchtlingsströmen. Sie suggerieren, dass Menschen, die vor Krieg fliehen und froh sind, dass sie hier Schutz bekommen, die sozialen Möglichkeiten dieses Landes missbrauchen. Sie suggerieren, dass Menschen hierher kommen wegen der Privilegien, welche auch immer. Ich weiß nicht, ob das Privilegien sind.

- *Ist es ein Privileg*, neun Monate in einer Erstaufnahme zu verharren und nicht zu wissen, was aus einem wird?
- *Ist es ein Privileg*, in einer Gemeinschaftsunterkunft acht Jahre lang darauf zu warten, ob dieses Land bald Schutz gewährt?
- *Ist ein Privileg*, nicht einmal den vollen Sozialhilfesatz, sondern nur zwei Drittel davon zu bekommen?
- *Ist ein Privileg*, bis vor ein paar Monaten nicht mal selber entscheiden zu können, was man essen darf oder will und mit Essenspaketen ausgestattet zu werden?
- *Ist es ein Privileg*, nicht einmal den Bezirk, in den man geschickt wird, verlassen zu dürfen, in einen anderen Bezirk einreisen zu können - und das im selben Bundesland?

Das frage ich Sie!

Wenn Sie wirklich ein sachliches Interesse an dem Thema haben, müssen Sie auch klar und deutlich darüber reden, mit welchen Möglichkeiten diese Menschen überhaupt ausgestattet werden. Daher werde ich dazu nicht einmal sagen, dass wir diesen Änderungsantrag ablehnen - wir ignorieren ihn einfach! Es ist wieder ein Instrument, um zu diesem Thema zu zünden. Wenn Sie wirklich Demokraten sein wollen, bemühen Sie sich auch! Wenn Sie Rechtspopulisten sein wollen, wählen Sie klare Worte, damit wir wissen, in welcher politischen Ecke Sie stehen! - (Beifall von der linken Seite des Hauses))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben bei diesem Thema immer wieder betont, dass wir uns nicht in die Richtung bewegen dürfen, über einzelne Standorte Debatten zu führen. Dazu ist dieses Thema zu wichtig und wir stehen in der Verantwortung, diese Menschen unterzubringen. In dieser Stadt gibt es wegen der Unterbringungspflicht, aber auch, weil wir es so wollen, keinen Stadtteil mehr, in dem es keine Unterkünfte gäbe. Wie jede Fraktion bekommen wir natürlich auch von unseren Bezirksausschussmitgliedern Fragen mit: Wie schauen die Unterkünfte aus? Wie schaut die Betreuung aus? Was können wir als Bezirksausschuss tun, wie können wir uns da einbringen? Deshalb haben wir im Ältestenrat eigentlich die Absprache getroffen, dass die Standortlisten an alle Fraktionen geschickt werden, damit wir im Vorfeld informiert sind, wenn aus den Stadtteilen Fragen kommen oder Informationsbedarf signalisiert wird. Wir Stadträtinnen und Stadträte sind neben der Verwaltung dafür verantwortlich, frühzeitig in den Stadtteilen für Transparenz und Information zu sorgen. Wir wollen natürlich auch die Verwaltung vor Ort stärken und ihr Unterstützung aus dem Münchner Stadtrat geben, um politische Entscheidungen umsetzen.

In letzter Zeit höre ich aber immer wieder, dass Standortlisten an die großen Fraktionen geschickt werden und diese dann zuerst das „Go“ geben, ob die Standortlisten so in Ordnung sind. Sie legen sogar bei einzelnen Unterkünften ihr Veto ein. Das ist nicht nur einmal passiert. Bei einem Mal hätte ich gesagt, vielleicht ist es ein Versehen. In diesem Verdacht sehe ich mich aber bestätigt, wenn ich den SPD-Änderungsantrag sehe. Die Unterkunft in der Forstenrieder Allee wird also neu aufgenommen. Damit bestätigt sich auch das, was ich aus der Verwaltung heraus immer wieder höre: Diese Unterkunftslisten gehen an die großen Fraktionen und diese haben dann die Möglichkeit, Unterkünfte zu streichen und ihr Veto einzulegen. Anscheinend hat man sich aber hier nicht einigen können und daher kommt jetzt wieder ein SPD-Änderungsantrag.

Ich würde folgenden Appell an den Herrn Oberbürgermeister richten. Ich weiß nicht, ob er sich gerade im Raum befindet: Diese Vereinbarung, die wir im Ältestenrat getroffen haben, soll wieder eingeführt werden. Es soll dabei bleiben, dass das wirklich durchgeführt wird. Das hat einen ganz einfachen Grund: Wir haben hier auch erlebt, dass von unseren Bezirksausschussmitgliedern die Frage kommt: „Wieso muss es dieser Standort sein, wieso kann es nicht der XY-Standort sein?“ Hier sagen wir: Nein, wir brauchen die Standorte schnellstmöglich! Die Unterkünfte müssen schnellstmöglich aufgebaut werden! Daher gehen wir gar nicht in die Diskussion. Die großen Fraktionen nutzen dieses Privileg - in dem Fall besonders die CSU-Fraktion -, um die eine oder andere Unterkunft schon hinter den Kulissen zu streichen oder bevor das im laufenden Verfahren ist. So funktioniert dieser Schulterschluss nicht. Daran müssen wir arbeiten, wenn wir unser Versprechen ernst nehmen wollen. Das ist mein Appell. Ich weiß, ich kann es nicht entscheiden, ich kann nur appellie-

ren, dass Sie Ihre Versprechen diesbezüglich halten und diesen Schulterchluss zeigen. Setzen Sie nicht hinter verschlossenen Türen die Verwaltung unter Druck, weil Ihnen der eine oder andere Standort nicht gefällt, aus welchen Gründen auch immer!

Wir werden auch den CSU-Änderungsantrag nicht unterstützen. Genau dieses Thema haben wir im letzten Plenum diskutiert am Beispiel Untersendling. Der Bezirksausschuss 6 hat mehrheitlich gesagt, der Standort in der Meindlstraße ist für eine Planung vorgesehen, die erst in drei oder vier Jahren stattfinden soll, wir würden gerne einen anderen Standort vorschlagen. Wir haben unseren BA-Mitgliedern versichert und auch die Verwaltung gebeten, entsprechende Zusagen zu machen, dass wir viele Zwischennutzungen haben werden. Über die Knappheit der Flächen haben wir geredet. Wir verlassen uns darauf und werden dran bleiben, dass die Verwaltung das mit den Bezirksausschussmitgliedern kommuniziert und sie über die Planungen fortlaufend informiert. Daher möchten wir nicht wieder einen einzelnen Stadtteil zur Diskussion stellen, in dem auch eine Zwischennutzung stattzufinden hat. Wir werden also den CSU-Änderungsantrag ablehnen, weil das wieder eine Grundsatzdiskussion auslöst, die nicht nur einen Stadtteil betrifft. Vielen Dank fürs Zuhören! Den SPD-Änderungsantrag unterstützen wir natürlich! - (Beifall der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/Rosa Liste)

StRin Wolf:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Da wir Punkt 7 und 8 gemeinsam behandeln wollen, bringe ich jetzt auch unseren Änderungsantrag zum Betreuungskonzept ein. Allerdings zunächst ... - (Zwischenruf) - Den hast Du irgendwie verdrängt! Jedenfalls zunächst ein paar Bemerkungen zu unserer Sozialreferentin, Frau Meier. Sie haben gemeint, Sie seien bald bei den Zielzahlen. Dazu wollte ich nur anmerken: Bitte arbeiten Sie weiter in Ihrem Stab für außergewöhnliche Ereignisse (SAE), weil es bei diesen Zielzahlen wohl leider nicht bleiben wird. Die Situation in den Herkunftsländern der Flüchtlinge verbessert sich leider überhaupt nicht, sondern wird immer schlimmer. Das nur dazu. Es wird auch nicht bei den 12.000 Flüchtlingen bleiben, Gülseren (Demirel). Vielleicht an die Herren der AfD gewandt: Man muss sich bei allem wirklich die Relationen vorstellen. In der Türkei oder in Kurdistan nimmt eine Stadt mit 100.000 Einwohnern 200.000 Flüchtlinge aus der Region auf, die vor den Mörderbanden der IS in die Städte flüchten. Und wir tun hier ... - Entschuldigung! - geringe Teile der Anwesenden tun so, als ginge die Welt unter, wenn 12.000 oder vielleicht auch 15.000 oder 20.000 Menschen unterzubringen wären. Das ist doch wirklich so abstrus und abseitig, darüber möchte ich eigentlich keine weiteren Worte verlieren.

Unser Änderungsantrag bezieht sich auf das Betreuungskonzept, das in Punkt 8 dargelegt wird. Die Sozialreferentin hat bereits darauf hingewiesen, dass es ein Problem mit den verschiedenen Zuständigkeiten gibt. Aus unserer Sicht besteht auch das Problem, dass bisher nur für die Nacht Sicherheitspersonal vorgesehen ist. Es sollte jedoch auch in der Zeit von 22:00 Uhr bis 08:00 Uhr eine Pförtnerin oder ein Pförtner mit Sonderaufgaben präsent sein. Wenn man mit vielen Leuten zusammensitzt, geht man nicht um 22 Uhr ins Bett. Die Konflikte und Problemfälle enden auch nicht um Punkt 22 Uhr. Man bräuchte vor Ort auf jeden Fall jemanden, der nicht nur als Sicherheitskraft geschult ist, weil sie sind in der Regel nicht sensibel trainiert.

Deswegen haben wir unseren Änderungsantrag eingebracht. Ich weiß, das kostet mehr, aber das sollte es uns wert sein, weil es hilft, in den Unterkünften mögliche Konflikte zu reduzieren. Ich war nicht in der Lage, auszurechnen, wie sich unser Änderungsantrag konkret finanziell auswirkt. Dafür sind Fachleute in der Verwaltung vorhanden. Dankeschön! - (Beifall von DIE LINKE.)

StR Kuffer:

**Der Redebeitrag wurde nicht autorisiert und daher gelöscht.**

StR Reissl:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Dem, was der Kollege Kuffer zuletzt gesagt hat, will ich mich ausdrücklich anschließen. Als Nächstes will ich die Gelegenheit wahrnehmen und der Kollegin Meier und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Anerkennung aussprechen. - (Anhaltender Beifall) - Da man als ehrenamtlicher Stadtrat häufig spät am Abend nach Hause kommt, ist man fast immer auf die Spätnachrichten angewiesen. Diese werden nach wie vor von dem Flüchtlingsgeschehen auf der ganzen Welt dominiert. Es steht uns bei den Lebensumständen, in denen wir leben dürfen, durchaus an, auch einmal eine Idee großzügiger zu sein, als ständig danach zu suchen, wie man das alles noch schwieriger machen kann. - (Beifall)

Ich will dennoch im Stadtrat der Landeshauptstadt München keine Debatte über Asylrecht führen. Fast alle in diesem Stadtrat sind Mitglieder in funktionierenden Parteien. Bei dem, was man zurzeit in den Nachrichten sehen und in der Zeitung lesen kann, bin ich mir nicht sicher, ob man diese Beschreibung zurzeit auch auf die AfD anwenden kann. - (Zwischenruf aus den Reihen der AfD: Ich auch nicht!) - Ich weiß, dass es dazu unterschiedliche Meinungen gibt. Auch auf europäischer Ebene werden ganz unterschiedliche Bemühungen unternommen, um zu einem gemeinsam vollziehbaren Flüchtlingsrecht/Asylrecht zu kommen. Ich glaube nicht, dass wir das hier ausführlich diskutieren müssen.

Zum Änderungsantrag der CSU-Fraktion: Es ist nicht das erste Mal, dass wir über einen Standort beschließen, von dem wir wissen, dass es dafür andere Nutzungsvorstellungen gibt. Beim vierten Beschluss in der letzten Vollversammlung haben wir über die Meindlstraße ausführlich debattiert. Kein Mensch ist auf die Idee gekommen, zu sagen: „Wir treffen für die Meindlstraße eine spezielle Regelung, damit uns die andere Nutzung nicht durch eine Flüchtlingsunterkunft verhindert wird.“ Wir gehen selbstverständlich davon aus, dass es sich immer dann um Zwischennutzungen handelt, wenn wir bereits wissen, dass auf diesem Grundstück eigentlich etwas anderes vorgesehen ist. Deswegen ist der Änderungsantrag der CSU-Fraktion überflüssig.

Wir wissen alle, es gibt Überlegungen für einen Bildungscampus an der Fürstenrieder Straße. Ich spreche nicht von Planungen, weil ich nicht glaube, dass wir das Stadium von Planungen bereits erreicht haben. Es gibt an den beiden Gymnasien die Überlegung, zu erweitern. Es gibt die Überlegung der Stadt, dem Freistaat Bayern das Grundstück der ehemaligen Landesgehörlosenschule abzukaufen. Wann dieses Grundstücksgeschäft tatsächlich zustande kommt, wissen wir nicht. Unsere bisherigen Erfahrungen mit Grundstücksgeschäften, bei denen die Stadt München vom Freistaat etwas erwerben oder auch nur tauschen wollte, legen uns nicht nahe, dass dieses Grundstücksgeschäft in der nächsten Woche abgeschlossen sein wird. In der Regel ist es bei solchen Grundstücksgeschäften eher eine Frage von Jahren und nicht von Wochen oder Monaten.

Noch einmal: Es ist eine Selbstverständlichkeit und sollte es keine Selbstverständlichkeit sein, wollen wir einen entsprechenden Beschluss fassen, in dem noch einmal festgestellt wird, dass natürlich andere Vorhaben der Stadt oder auch private Vorhaben, wenn es sich um private Grundstücke handelt ... Die Hofmannstraße wurde angesprochen. Diesbezüglich brauchen wir uns keine Sorgen machen, weil der private Grundstückseigentümer selbst dafür sorgen wird, dass die Zwischennutzung rechtzeitig wieder verschwindet. Dessen Verwertungsinteresse an dem Grundstück an der Hofmannstraße ist natürlich ein deutlich höheres, als das Interesse, das Grundstück vorübergehend der Landeshauptstadt München oder der Regierung von Oberbayern zu überlassen. Da es eine Selbstverständlichkeit ist, können wir uns darauf einigen. Es steht auch im Protokoll. Es hat allerdings noch nie jemand infrage gestellt, aber wenn es der Wahrheitsfindung dient, können wir das beschließen. - (Zwischenrufe) - Nein, wir brauchen es eigentlich nicht. Wir sind jetzt beim fünften Standortbeschluss. Wir haben schon vier hinter uns. In diesen vier Standortbeschlüssen waren viele Grundstücke enthalten, von denen wir wissen, dass es dafür grundsätzlich andere Nutzungsüberlegungen gibt. Bei keinem dieser Grundstücke der vorhergehenden vier Beschlüsse ist jemand von uns auf die Idee gekommen, einen solchen überflüssigen Änderungsantrag zu stellen.

- (Beifall)

Ich weiß nicht, ob es jemandem aufgefallen ist: Es sind auch immer wieder Standorte dabei, wo ein Schulweg vorbeiführt oder eine Schule oder eine Kindertageseinrichtung in der Nähe ist. Bei diesen sind wir auch nicht auf die Idee gekommen, in den Beschluss schreiben:

*„Bei der Konzeption und Belegung der Unterkunft ist die Wahrung der Belange der in unmittelbarer Nähe liegenden Schulen und Kindertageseinrichtungen mit über 2000 Kindern und Schülern sicherzustellen.“* Was sollen wir jetzt damit anfangen? Ist es an der Fürstenrieder Straße eine so extraordinary Situation, dass es dieses Beschlusses bedarf? Ich glaube nicht. Das haben wir in den vier vorhergehenden Standortbeschlüssen auch nicht getan.

Zur Forstenrieder Allee: Die Verwaltung hält den Standort an der Forstenrieder Allee für geeignet. Wir halten ihn auch für geeignet. Deswegen haben wir sachlich begründet diesen Änderungsantrag eingebracht. Kollegin Demirel, es ist eigentlich das Recht einer jeden Fraktion, dass sie sich von der Verwaltung etwas vortragen oder erläutern lässt. - (Zwischenruf von StRin Demirel!) - Ich reklamiere für meine Fraktion und für die CSU-Fraktion, es ist schlicht und einfach unser Recht. - (Zwischenrufe, Unruhe) - Frau Kollegin Demirel, ich war von Ihrer Einlassung überrascht, weil ich mich an die beinahe jahrzehntelange Übung erinnere, dass in einem Rathausbündnis natürlich regelmäßig mit der Verwaltung darüber gesprochen worden ist, wie eine Beschlussvorlage auszusehen hat. Dass Sie das reklamieren, wo Sie ständig mit dabei waren ... - (Zwischenruf, Heiterkeit) - Aber das war eine ständige Übung! - (Zwischenrufe) - Ja, stimmt, sie hat Herrn Lorenz ... - (OBM Reiter): Ich bitte Sie, zum normalen Umgang überzugehen: Der Kollege, der das Wort hat, redet und die anderen hören erstmal zu!) - Ich danke für den Hinweis, Frau Krieger hat ausdrücklich Herrn Lorenz für diese Art gedankt. - (Heiterkeit) - Soweit zu den Änderungsanträgen! - (Zwischenruf von StRin Wolf) - Das kann Frau Meier erklären.

StR Schmude:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Problem der Unterbringung von Asylbewerbern lässt uns nicht los. Es ging im letzten Jahr los. Seither haben wir uns in diesem schönen Saal wieder und wieder damit beschäftigt. Inzwischen haben die Kosten, die die Stadt München aufbringt, und auch die Leistung der gesamten Bevölkerung Münchens ein so großes Maß erreicht, dass es an der Zeit ist, grundsätzlich unsere Politik auf den Prüfstand zu stellen. Letztes Jahr und auch bei allen anderen Entscheidungen haben wir versucht, immer zuzustimmen, denn die korrekte Unterbringung von Asylbewerbern während des Asylverfahrens ist eine Menschenpflicht. Daran wird selbstverständlich weiterhin nicht gerüttelt. In diesem Sinne haben wir im Prinzip auch bisher allen Standortlisten zugestimmt. Wir haben nur in Einzelfällen, in denen es

berechtigte Einwände aus der Bürgerschaft gab, beispielsweise aus den Bezirksausschüssen, einzelne Standorte abgelehnt. Den Gesamtlisten haben wir immer zugestimmt. Ich persönlich habe auch explizit einem Standort zugestimmt, der sich in unmittelbarer Nähe meines Wohnortes befindet. Die Bodenlosigkeiten, die sich manche Leute hier uns gegenüber erlauben, weise ich hiermit in schärfster Form zurück.

Wir können in München nicht jede beliebige Anzahl von Leuten kostenlos unterbringen, kostenlos ernähren und kleiden, ohne uns nicht auch einmal bei den höheren Ebenen auf die Hinterbeine zu stellen. Das habe ich bei der allerersten Baufrance im Oktober schon gesagt. Es ist leider nichts passiert. Ich habe damals die lieben Kollegen von CSU und SPD aufgefordert, bei ihren Berliner Kollegen innerparteilich vorstellig zu werden, aber es scheint nichts passiert zu sein. Im Gegenteil. Die Politik nach oben ist immer die - wie man zum Beispiel bei den Stellungnahmen vom Deutschen Städtetag sieht -, dass von Bund und Land, also letzten Endes vom Steuerzahler mehr Geld gefordert wird. Es wird keine Kritik an den bundesweiten Missständen in der Asylpolitik geübt. Daran muss sich etwas ändern. Deshalb haben wir unseren Änderungsantrag mit folgenden Forderungen gestellt: Einer Erweiterung des Kreises der sicheren Herkunftsländer, einer Beschleunigung des Asylverfahrens, einer Verschärfung der Nichtanerkennungsregel bei Straftaten, eine konsequente Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern - das sind drei Viertel - und die Verhinderung der Wiedereinreise. Das sind legitime Forderungen, die eben erhoben werden müssen. Wir bitten um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag.

Der zweite Satz des Änderungsantrages bezieht sich darauf, dass generell oft versucht wird - zwar nicht bei der vorliegenden Standortliste -, eine Art Asylbewerberunterbringung mit Goldrand in München zu realisieren. Ein Beispiel dafür ist das Projekt Bellevue Monaco, bei dem ein Filetstück für die Unterbringung von Asylbewerbern verwendet werden soll. Dabei habe ich mich gefragt: Gibt es keine arbeitenden Menschen in München oder der Umgebung, die lange Pendelwege in Kauf nehmen müssen und vielleicht auch gerne zentral wohnen würden? Es gibt auch andere Nutzungsmöglichkeiten usw. Wir würden uns wünschen, dass bei künftigen Vorlagen klar dargelegt wird, was ist eine Pflichtaufgabe und an welchen Stellen erweist sich München wieder einmal als großzügig. Darüber kann man im Einzelfall jedes Mal diskutieren, aber es sollte in den Vorlagen schon deutlich herauskommen. Bei dem Laubbaumschädling haben wir gerade gesehen, dass sich die Stadt München nicht jeden Schuh anziehen soll, der nicht in ihre Pflichtaufgaben fällt. So ist es auch bei der Unterbringung von Asylbewerbern, wenn diese luxuriöser ausfällt, als vom Gesetz vorgeschrieben. Dankeschön!

StR Kuffer:

**Der Redebeitrag wurde nicht autorisiert und daher gelöscht.**

StR Richter:

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren! Ich muss etwas weiter ausholen. Ich hatte gestern Abend das Vergnügen, im Straßburger Europaparlament einem Auftritt des ungarischen Präsidenten Viktor Orbán beizuwohnen. Dieser ist nach Straßburg gekommen, weil das Europaparlament sich bemüht befunden hat, Ungarn Vorschriften und Vorhaltungen zu machen. Deshalb hat er es für nötig gehalten, als ungarischer Staatsoberhaupt dort selbst das Wort zu ergreifen. Ein Satz ist mir mit Blick auf die aktuelle Asyldebatte besonders in Erinnerung, dass es mit ihm als gewähltes ungarischer Staatsoberhaupt keine Verpflichtung seines Landes geben wird, die auf die Zuweisung von Asylantenquoten und Wirtschaftsflüchtlingen hinausläuft. Warum erzähle ich das? Ich erzähle es deswegen, weil es einem hier im Hause weitverbreiteten Urteil zum Trotz sehr wohl möglich ist, sich als gewählter Volksvertreter vor seine eigene Bevölkerung zu stellen und auch gegen den Widerstand - nötigenfalls des restlichen Europas - zu sagen: Nein, wir sind Vertreter unserer eigenen Interessen und wir teilen diese vorgebliche Solidarität nicht, weil uns die Lebensqualität, die Lebensinteressen, der Lebensstandard, die Zukunftsoptionen unserer eigenen Bevölkerung wichtiger sind. - (Zuruf aus dem Publikum) - Herzlichen Dank! Sie zeigen damit auch ein schönes Verständnis von Demokratie! - Dies zeigt, dass man auch gegen spürbaren, gegen massiven Widerstand der zuständigen Gremien die Interessen seiner eigenen Wähler, seiner eigenen Bürger vertreten kann. Das ginge auch in Deutschland.

Meine Damen und Herren, warum reist unsere Bundeskanzlerin, die von ihren Parteien - von der CDU - gestellt wird, nicht nach Brüssel und Straßburg und sagt: Königsteiner Schlüssel hin oder her, uns sind die Lebens- und Zukunftsinteressen unserer einheimischen Mitbürgerinnen und Mitbürger wichtiger als irgendwelche vorgeblichen Verpflichtungen, die keinen objektiven Bestand haben können? Warum geht das nicht? Warum geht das hier in München nicht im Stadtparlament? Warum geht das nicht, dass Sie sich hinstellen und sagen: Nein, wir winken nicht nur den inzwischen fünften Standortbeschluss durch ... Mit Ihrer Politik, wenn Sie so fortfahren, ist es absehbar, dass aus dem fünften der 50. Standortbeschluss wird und wahrscheinlich irgendwann einmal der 75. Das hört überhaupt nicht auf. Ich sehe überhaupt keinen Willen, überhaupt keine Ideen, am Durchwinken dieser Situation etwas zu ändern. Warum geht das hier im Stadtparlament nicht, dass man sich wie der ungarische Präsident vor seine Bevölkerung hinstellt und sagt: Nein, meine eigenen Landsleute, meine eigenen Mitbürgerinnen und Mitbürger sind mir wichtiger? Warum geht das nicht? Das brauchen Sie auch nicht mit gestanzten Vokabeln von Rechtsextremismus oder

Rechtspopulismus abtun. Der ungarische Präsident ist - wie wir alle hier - ein gewählter Vertreter seiner Bevölkerung. Wenn man Mehrheiten und Wählerstimmen hinter sich hat, ist man auch in der Pflicht, sich vor die eigenen Landsleute, die eigenen Wähler zu stellen.

In diesem fünften Standortbeschluss geht es nicht nur um neue Standorte, sondern es geht auch um sehr viel Geld. Ich halte dieses Diskutieren über den einen oder anderen neuen zusätzlichen in der Diskussion befindlichen Standort für Erbsenklauberei. Ich habe aus der Beilage zur Beschlussvorlage etwas kopiert. Das ist vielleicht etwas klein und nicht so gut zu erkennen. In Farbe wie das Original wäre es schon aussagekräftiger. Darauf sind alle bisher vorhandenen, geplanten, 2015 verfügbaren Standorte, Einrichtungen zur Unterbringung von Asylanten verzeichnet. Wenn in der Diskussion immer der Eindruck erweckt wird, es geht um die eine oder um die andere neue Unterbringungsmöglichkeit, dann ist das Augenwischerei. Diese Skizze beinhaltet bereits 140 Standorte, wenn ich mich nicht verzählt habe. Es können einer mehr oder zwei weniger sein. Es sind bereits 140 Standorte auf dem Territorium, auf dem Gebiet der Landeshauptstadt München zur Unterbringung von Asylanten vorhanden. Es geht manchmal um unbegleitete minderjährige Flüchtlinge oder wieder speziell um Unterkünfte für Frauen. Letztendlich haben wir in der Landeshauptstadt München bereits 140 Standorte zur Unterbringung von sogenannten Flüchtlingen.

Vor einem solchen Hintergrund muss man sagen dürfen: Es reicht! Irgendwann ist Schluss! Sie selbst folgen inzwischen bei Ihren Prognosen der Regierung von Oberbayern, die für das laufende Jahr in einem extremen Szenario von über 12.000 Unterzubringenden ausgeht. Sie selbst haben vorher in der Diskussion gesagt, dass diese Marge nicht zu halten ist. Die Realität wird wahrscheinlich weit darüber hinausgehen.

Ich habe Ihnen noch etwas aus der *BILD-Zeitung*, dem Intelligenzblatt der deutschen Öffentlichkeit, der Zeitung mit den großen Lettern, mitgebracht. Selbst die bundesdeutsche Lügenpresse kann sich vor der Realität manchmal nicht ganz verschließen und muss ebenfalls Zahlen referieren. Diese darf ich Ihnen kurz zur Kenntnis geben, damit wir wissen, wovon wir sprechen. Worauf wir zusteuern, wenn Sie mit Ihrer Politik so weitermachen. Dort steht, dass an einem einzigen Wochenende 900 unerlaubte Einreisen registriert worden sind. Diese Leute sind am Münchner Hauptbahnhof angekommen. Der Zustrom von Illegalen am Münchner Hauptbahnhof erreicht an manchen Tagen ein solches Ausmaß, dass die dort zuständige Bundespolizei ihren regulären Aufgaben nicht mehr nachkommen kann.

Einem Beitrag der *Süddeutschen Zeitung* ist zu entnehmen, dass in der 20. Kalenderwoche mehr als 2.000 unerlaubte Einreisen im Zuständigkeitsbereich der Bundespolizeidirektion München, stattgefunden haben. In den ersten 4 Monaten dieses Jahres waren es knapp 12.500 unerlaubte Einreisen im Bereich der Bundespolizeidirektion München. Diese Zahlen können Sie auf Bayern bzw. Deutschland hochrechnen. Sie werden mit dieser Zielmarge von 12.000 Unterbringungen in München nicht weit kommen. Daher stelle ich heute wieder die Frage: Wie soll das weitergehen? Wann fühlen Sie sich als gewählte Stadtvertreter endlich in der Pflicht, wie der Herr Kollege Schmude bereits gesagt hat, wenigstens einmal zum Denken anzufangen? Wann überdenken Sie die herrschende Asylpolitik und deren Auswirkungen auf die Landeshauptstadt München? Vielleicht verschwenden Sie einmal einen Gedanken daran, dass das Durchwinken von weiteren Kontingent-Zahlen nicht ewig so weitergehen kann. Wir stoßen irgendwann an unsere Grenzen. Wir wollen es im Sinne eines friedvollen und gedeihlichen Zusammenlebens unserer Stadtgesellschaft erst gar nicht so weit kommen lassen, dass es nicht mehr sozial tragfähig ist, die Zustände explodieren und wir bürgerkriegsartige Zustände bekommen.

Wenn ich so etwas in den Raum stelle, muss ich mir den Vorwurf des Rechtspopulismus oder des Rechtsextremismus anhören. Jedoch auch ein Blatt wie *Die Welt* veröffentlichte in ihrer Ausgabe vom letzten Montag einen Beitrag dazu. Meines Wissens ist *Die Welt* kein rechtsextremistisches Schund- oder Hetzblättchen. In der Welt erschien ein bemerkenswerter Beitrag von Dirk Schümer unter der Überschrift: "Europa muss Festung sein." Wenn ich so etwas behaupte, bin ich ein Rechtsextremist. Irgendetwas stimmt nicht. Entweder ist *Die Welt* ein rechtsextremistisches Hetzblättchen oder ich bin kein Rechtsextremist. Wahrscheinlich ist es so, dass jemand, wenn er etwas Richtiges sagt, extrem recht hat. Das ist ein Rechtsextremist. Ich darf trotzdem aus diesem für bundesdeutsche Verhältnisse bemerkenswerten Beitrag aus der Welt zitieren:

*„Wer heute das Schleifen der Festung Europa fordert...“ - ich komme zurück auf Ihre Vorschläge, wir dürften nicht so knausrig sein, wir müssten in unserer Situation ein wenig generöser und großzügiger sein - „...und weiter von offenen Außengrenzen schwärmt, wird in kurzer Zeit das genaue Gegenteil bekommen. Ein Europa voller Flüchtlingslager mit eifersüchtig bewachten Binnengrenzen und Menschen, die regellos von einem Staat zum anderen abgeschoben werden“. Und weiter schreibt Schümer: „Illegale und unkontrollierte Zuwanderung ist kein Menschenrecht, sondern führt zwangsläufig in den unerklärten Bürgerkrieg, wo sich längst schon unter den Augen der Polizei faschistische Banden mit afrikanischen Drogenhändlern und arabischen Obdachlosen einen nächtlichen Straßenkampf liefern. Die Lehre aus solchen Zuständen, ein Europa ohne Grenzen, führt den Kontinent ins Chaos.“*

Ist *Die Welt* ein faschistisches Hetzblättchen? Ist *Die Welt* in Ihren Augen rechtsextremistisch? Ich denke, *Die Welt* schreibt in diesem Gastbeitrag lediglich Dinge, denen sich kein vernünftiger Mensch, der mit offenen Augen durch die Welt läuft, verschließen kann. Meine Damen und Herren, ich finde es dankenswert, dass in dieser Plenarsitzung der viel bemühte Konsens wenigstens in Teilbereichen aufbricht. Die ersten Kollegen fangen an, nachzudenken, wie es Herr Kollege Schmude vorhin angeregt hat. Die eigene Asylpolitik zu hinterfragen, ist für dieses Haus, in dem bisher ein volkshausartiges Meinungsklima geherrscht hat, durchaus bemerkenswert.

Wenngleich es erst ein kleiner Schritt in die richtige Richtung ist. Der Änderungsantrag der CSU geht ebenfalls in die richtige Richtung, da zumindest ein Standort hinterfragt wird sowie deren Inbetriebnahme für einen späteren Zeitpunkt angeregt wird. Für jedes kleine Fünkchen Nachdenken muss man in diesem Haus dankbar sein.

Selbstverständlich geht auch der AfD-Antrag in die richtige Richtung. Die genannten Forderungen habe ich seit Jahren immer wieder angemahnt. Es ist eine Binsenweisheit - ich habe das erst in der letzten Vollversammlung vor ein paar Wochen wieder angemahnt -, dass man selbstverständlich von seinen Parteikollegen auf anderen Ebenen verlangt, dass sich diese auf ihre Hinterbeine stellen. Was dem ungarischen Ministerpräsidenten Orbán recht und billig ist, das wird man in Gottes Namen auch von einheimischen deutschen Volksvertretern erwarten dürfen, nämlich sich für ihre eigenen Landsleute zu verwenden.

Meine Damen und Herren, wir sprechen nicht nur über bereits 140 vorhandene Asyl- und Unterbringungsstandorte in der Landeshauptstadt München. Die Karte, die ich Ihnen vorhin gezeigt habe, ist eine Lagekarte der Landnahme. Das ist völlig unverantwortlich. Selbst in einer Großstadt wie München sind 140 bereits vorhandene oder in Planung begriffene Einrichtungen zur Unterbringung von Asylanten unverantwortlich. Das wird irgendwann zum Knall führen. Ich bin daran Gott sei Dank vollkommen unschuldig.

In dem bemerkenswerten Text aus der Welt ist die Rede von einem unerklärten Bürgerkrieg in unseren Städten. Es fängt irgendwann damit an, dass sich ein Widerstand der einheimischen Bevölkerung in den betroffenen Stadtvierteln artikuliert. So war es auch letztes Jahr im Sommer rund um die Bayernkaserne. In Laim verhält es sich derzeit ebenso. Es hat sich eine Bürgerinitiative gegen ein Asylantenheim konstituiert. An der Bildung dieser Bürgerinitiative bin ich vollkommen unschuldig, aber ich verstehe die Menschen vor Ort, die sich nicht alles von ihren Politikern gefallen lassen wollen. Sie möchten ein Mitspracherecht haben und zeigen kein Verständnis dafür, dass ausge-

rechnet bei ihnen ein Asylantenheim hingesetzt wird. Diskussionen zu anderen Standorten, bei denen es um die Nähe von Schulen oder Senioreneinrichtungen geht, kennen wir inzwischen. Das wird sich in Zukunft häufen. Mit jedem weiteren Standortbeschluss, der mit einer weiteren Zuweisung von Flüchtlingskontingenten nach München verbunden ist, wird sich das innere Klima in unserer Stadt zum Unfriedlichen hin verschärfen. Das kann keiner von uns wollen. Jeder weitere Standortbeschluss - es ist mit dem 5. Standortbeschluss, den wir heute beschließen, nicht getan - wird dazu beitragen. Es werden viele weitere Standortbeschlüsse folgen.

Ich halte fest, dass das Nachdenken und Hinterfragen im Münchner Stadtparlament partiell bereits beginnt. Das ist ein außerordentlich erfreulicher Schritt. Ich werde den Änderungsantrag der AfD selbstverständlich unterstützen. Dieser bringt nur das auf den Punkt, was ich in vielen Anträgen und Anfragen in den letzten Jahren immer wieder gefordert habe, leider ohne viel Einsehen und ohne offene Ohren bei Ihnen. Ich werde selbstverständlich auch dem 5. Standortbeschluss nicht zustimmen. Herzlichen Dank.

OBM Reiter:

Das Einzige, das ich bedauere, wenn wir uns in jedem Plenum mit neuen Standortbeschlüssen befassen, ist, dass wir Sie jedes Mal anhören müssen, Herr Richter. - (allgemeiner Beifall) - Sie haben grundsätzlich einen Punkt missverstanden. Bei allen Standortdiskussionen, die zugegebenermaßen mehr oder weniger sinnvoll oder notwendig sind, zu Standorten besteht jedenfalls unter den Demokraten in diesem Hause ein absolut einheitlicher Konsens darüber, dass wir Menschen in Not in München unterbringen werden. Das tun wir jetzt und das werden wir auch in Zukunft tun, egal ob es 12.000 Menschen oder noch mehr werden. Es ist nicht nur unsere Pflicht, sondern nach meiner festen Überzeugung auch unsere gemeinsame demokratische Überzeugung. - (Zwischenruf) - Sie habe ich ja ausgeschlossen! - (allgemeiner Beifall) - Nun darf ich die Kollegin Frau Meier bitten, die Standortfragen kurz zu beantworten.

Bfm. StRin Meier:

Eine kurze grundsätzliche Anmerkung zu den Aufgaben des Stabs. Ihr Auftrag lautete, Standorte zu finden, um die Plätze nach Königsteiner Schlüssel zu schaffen. Dabei sollte darauf geachtet werden, dass Planungen nicht beeinträchtigt oder verzögert sowie Zwischennutzungen möglich gemacht werden. Ich erkläre dieses Vorgehen am Beispiel Hofmannstraße. Das Planungsreferat achtet in diesem Stab mit Argusaugen darauf, dass Wohnbebauung nicht verhindert wird. Gleichzeitig macht es Vorschläge zu einer möglichen Zwischennutzung. Der Vorschlag, die Hofmannstraße für drei Jahre zu nutzen, kam unter anderem vom Planungsreferat, das bei der Besichtigung

anwesend war. Das Baureferat wird gefragt, wie schnell es das Vorhaben umsetzen kann. Das Kommunalreferat wird gefragt, wie die Vertragsverhältnisse aussehen? Jeder Standort wird umfassend betrachtet.

Ebenso verhält es sich, wenn es um mögliche Konkurrenzen zu Schulbauten oder Kindertagesstätten geht. Im Stab ist das Referat für Bildung und Sport vertreten und wird ausdrücklich gefragt, innerhalb welcher Zeit die Realisierung an diesem Standort möglich ist. Das Baureferat wird anschließend gefragt, ob es den Bau innerhalb dieser Zeit tatsächlich realisieren kann. Abschließend wird die Regierung von Oberbayern gefragt und berechnet, ob der Standort aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten genutzt werden kann. Jeder Standort wird aus der Sicht der jeweiligen Referate unter dem Aspekt, den Herr Reissl gerade benannt hat, betrachtet und bewertet. Der Stab beschäftigt sich mit über 300 Standorten aus unterschiedlichster Perspektive. Die entscheidende Frage ist eigentlich immer die Zeitfrage. Gelingt es uns, in dieser Zeit die Realisierung, die Nutzung und die Wirtschaftlichkeit auf die Beine zu stellen.

Zum Standort Forstenrieder Allee nur eine Anmerkung: Wir hatten im ersten oder im zweiten Standortbeschluss die Forstenrieder Allee vorgeschlagen. Dieser Standort wurde im Plenum diskutiert und zurückgestellt. Zur Fürstenrieder Straße ist zu sagen, dass es unendlich schwierig ist, dem Freistaat überhaupt Grundstücke abzutrotzen. Für jedes Grundstück bedarf es eines Briefes des Oberbürgermeisters. Ich möchte daran erinnern, dass bisher die Nutzung von keinem einzigen Grundstück nur durch die Anregung des Stabes realisiert werden konnte. In jedem Fall war eine Intervention durch den Oberbürgermeister notwendig. So verhielt es sich z. B. auch bei der Emma-Ihrer-Straße. Deswegen liegt uns in München auch sehr viel daran, dass der Freistaat seiner Verpflichtung, entsprechende Grundstücke zur Verfügung zu stellen, nachkommt.

Herr Altmann, zu den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen: Sie haben richtig gerechnet. Wenn Sie die Zahlen weiter hochrechnen, erkennen Sie unser Problem. Bei 173 Zugängen müssen Sie ca. ein Drittel, die durch Altersfeststellung über 18 geschätzt werden, abziehen. Zusätzlich ziehen wir noch einmal die 50 bis 60 Abgänge ab, die bayernweit verteilt werden. Diese Zahl war jedoch auch schon höher. Das liegt daran, dass die Jugendämter Passau und Rosenheim zurzeit dramatisch überlastet sind. Wir haben derzeit monatlich ein Delta von 50 bis 70, die wir aufnehmen und unterbringen müssen. Im Moment können wir das mit den derzeitigen Platzkapazitäten noch stemmen. Die Plätze in Übergangseinrichtungen und für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge werden wir jedoch stark erhöhen müssen. Dazu gehört z. B. die Einrichtung in der Ottobrunner Straße.

Frau Wolf, wir haben uns sehr genau angesehen, ob es tatsächlich eine Rund-um-die-Uhr-Betreuung braucht. Die Erfahrung zeigt, sowohl bei den neu ans Netz gehenden Gemeinschaftsunterkünften als auch bei den Wohnungslosen, dass die Nachtzeiten unproblematisch sind. Wir haben uns aber vorbehalten, Sicherheitsdienste einzuschalten. Es könnte eine Beauftragung eines mobilen Sicherheitsdienstes erfolgen oder gerade bei großen Einrichtungen mit 300 bis 500 Plätzen ein fester Pförtner mit Sonderaufgaben eingesetzt werden. Die Entscheidung hängt von den Bedarfen vor Ort ab. Die Neumarkter Straße z. B. ist seit einigen Wochen am Netz und es zeigen sich keine Probleme. Gestern hat die Polizei bei einer Veranstaltung im Gefilde berichtet, dass die Einrichtung völlig unproblematisch läuft. Dort haben wir auch keinen Nachtdienst. Ich denke, ich habe alle Fragen beantwortet. Herzlichen Dank.

StR Dr. Heubisch:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Meier, ich habe noch eine Frage an Sie: Übernehmen Sie den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Forstenrieder Allee? Das wurde bei Ihren Ausführungen nicht deutlich. Ich frage daher noch einmal bei Ihnen nach.

Bfm. StRin Meier:

Dieser Standort war ein Vorschlag von uns. Es handelt sich um eine städtische Fläche, die Realisierung ist für März 2016 entweder in Ständerbauweise oder in Containerbauweise vorgesehen, je nachdem welche Variante sich schneller umsetzen lässt. Ich würde gerne diesen Standort übernehmen, weil es ursprünglich ein Vorschlag der Verwaltung war. - (Zwischenrufe - Unruhe)

StR Altmann:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Noch einmal eine Nachfrage: Ich habe eingangs gesagt, ich stimme dem Standort Hofmannstraße zu. Auf diesem Grundstück agiert nicht nur ein Bauträger. Ich möchte daher wissen, ob der zweite Bauträger auf diesem Grundstück auch mit ins Boot geholt worden ist. Die PATRIZIA Immobilien AG hat dem Vorhaben zugestimmt, das habe ich gelesen. Wir haben jedoch einen weiteren Bauträger. Es geht um das Siemens - Hochhaus. Wenn der eine nicht baut, kann eventuell der andere auch nicht bauen. Ich weiß, dass Herr Haupt auf alle Fälle so schnell wie möglich die Umbaumaßnahmen im Siemens - Hochhaus tätigen will. Diese Frage hätte ich noch gerne geklärt. Falls zutreffend, sollten wir Herrn Haupt mitteilen, dass momentan für ihn kein Baubeginn möglich ist.

Bfm. StRin Meier:

Das war ein Vorschlag des Planungsreferates. - (Zwischenruf) - Die sehen das genauso! Außerdem ist es kein Neubau. Das Siemens - Hochhaus wird nicht abgerissen - (Zwischenruf) -, sondern im Bestand saniert. Also dürfte es in keiner Konkurrenz zur Hofmannstraße stehen.

Ltd. VDirin Charlier:

Konkret kann ich leider nicht darauf antworten, aber ich bestätige noch einmal, dass wir alles dafür tun, den Wohnungsbau nicht zu beeinträchtigen. In diesem Sinn ist das auch in dem entsprechenden Arbeitskreis abgestimmt worden. - (Zwischenruf) - Ich kann das nicht beantworten, Herr Altmann.

OBM Reiter:

Die Referentin hat den Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion zu Punkt A 7 der Tagesordnung übernommen.

Der Änderungsantrag der CSU-Fraktion zu Punkt A 7 der Tagesordnung wird gegen die Stimmen der Antragsteller, der Fraktion Bürgerliche Mitte - FREIE WÄHLER/ BAYERNPARTEI, der AfD und der BIA **abgelehnt**.

Ziffer 6 des Antrages der Referentin in der Fassung der Ergänzung vom 19.05.2015 zu Punkt A 7 der Tagesordnung wird zuzüglich des Ergänzungsantrages der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der CSU-Fraktion, der AfD und der BIA **beschlossen**.

In der Gesamtabstimmung zu Punkt A 7 der Tagesordnung wird der modifizierte Antrag der Referentin in der Fassung der Ergänzung vom 19.05.2015 gegen die Stimme der BIA **beschlossen**.

Der Änderungsantrag der AfD zu Punkt 8 der Tagesordnung wird gegen die Stimmen der Antragsteller und der BIA **abgelehnt**.

Der Änderungsantrag von DIE LINKE zu Punkt 8 der Tagesordnung wird gegen die Stimmen der Antragsteller, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/Rosa Liste und der ÖDP **abgelehnt**.

Der Antrag der Referentin zu Punkt 8 der Tagesordnung wird gegen die Stimmen der AfD und der BIA **beschlossen**.

## **Integriertes Handlungsprogramm zur Förderung der Elektromobilität in München (IHFEM)**

Aktensammlung Seite 1783

### StR Dr. Mattar:

Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben bereits in den Ausschüssen eine sehr ausführliche Diskussion gehabt, deshalb will ich es sehr kurz machen. Ich möchte noch einmal hervorheben, dass wir eine Subventionierung von Autokäufen für völlig falsch halten, auch wenn diese nur auf gewerbliche Fahrzeuge konzentriert ist. Die Mitnahme-Effekte werden enorm sein. Meine einzige Hoffnung ist, dass das Geld vielleicht doch nicht abgerufen wird. Jedoch wird sich meine Hoffnung wahrscheinlich nicht erfüllen.

Der Oberbürgermeister hat in der Debatte sehr bezeichnend gesagt, wenn er Kämmerer wäre, würde er das auch ablehnen. Ich denke, die finanzpolitische Solidität und die wirtschaftliche Vernunft sollten nicht an Ämtern hängen, sondern generell gelten. Wir sagen zu diesem Paket der E-Mobilität mit Ausgaben in Höhe von 21 Mio. € ein ganz klares Nein. Die Bundesregierung unterstützt die Förderung der E-Mobilität und möchte eine Million E-Fahrzeuge auf den Straßen haben. Die Bundesregierung lehnt jedoch eine Subventionierung von Autokäufen ab. Die Kenntnis darüber ist gerade im Hinblick auf die eben geführte Debatte sehr wichtig. Denn es wurde gesagt, es handle sich um wenige 100.000 € und wir sollten uns dies nicht ans Bein binden. Hier binden wir uns Millionenbeträge ans Bein, obwohl es eindeutig nicht die Kompetenz der kommunalen Ebene ist.

Wir tragen die Verbesserung der Ladeinfrastruktur mit, denn das ist eine wesentliche Voraussetzung um die Menschen zu motivieren ein E-Fahrzeug zu kaufen. Wir halten auch den Änderungsantrag der Grünen in Punkt 1.9, die Bildung einer E-Allianz, für sinnvoll. Wir sollten das bürgerschaftliche Engagement auf jeden Fall stärken.

Wir befürchten eine deutliche Bürokratisierung in diesem Prozess, das möchte ich noch einmal betonen. Im Domagk-Park richten wir eine E-Station für sechs Fahrzeuge, darunter mehrheitlich Pelelecs und Motorroller, ein. Für deren Evaluierung betreiben wir einen riesigen Aufwand, der mit der Anschaffung der Fahrzeuge überhaupt nicht zusammenhängt. Wir halten das für den falschen Weg. Solche E-Stationen sind sicherlich eine sinnvolle Idee, jedoch sollten wir diese erheblich schlanker organisieren. Wir haben sowohl Genossenschaften als auch Car-Sharing-Unternehmen in der Stadt. Die können das viel besser organisieren. Wir sollten keine städtischen Angestellten

einstellen, um diese Stationen zu betreuen. Wir sind für die E-Mobilität, jedoch sollte die Förderung mit wirtschaftlicher Vernunft erfolgen. Wir wollen daher diese 21 Mio. € nicht unter das Volk verteilen. - (Beifall der FDP)

StR Altmann:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es in dem gemeinsamen Ausschuss bereits ausgeführt und unsere Meinung hat sich nicht verändert. Insgesamt sind es nicht nur 21 Mio. €, sondern sogar 30 Mio. €, die für drei Jahre bereitgestellt werden. Zum einen haben wir zu diesem Thema noch gar kein richtiges Gesetz, nur einen Entwurf, und kennen die Inhalte noch gar nicht.

Zum anderen sollten wir, wie es Herr Kollege Dr. Mattar bereits ausgeführt hat, die Ladeinfrastruktur im privaten Bereich fördern. Ich halte es für sinnvoller, den Anteil im privaten Bereich über die 20 % hinaus stark zu erhöhen. Die Ladetätigkeiten sollten vorrangig z. B. in privaten Garagen oder in Tiefgaragen ermöglicht werden, bevor im öffentlichen Raum irgendwelche Ladestationen errichtet werden. Ich weiß von einer Gesellschaft, die sich über E-Mobilität Gedanken macht, jedoch mangels genauerer Kenntnisse noch nichts umgesetzt hat. Die Bauträger und Eigentümer warten auf Informationen zu diesem Thema und ich hoffe, dass man künftig besser ins Gespräch kommt. Das wäre zielführender, als so viele Millionen für den Fahrzeugkauf zur Verfügung zu stellen. Das Geld ist hier falsch eingesetzt. Das Thema Elektromobilität ist wichtig, aber Sie setzen die 30 Mio. €, davon vor allem 21 Mio. €, total falsch ein. Wir werden deshalb der Vorlage nicht zustimmen. - (Beifall der Fraktion Bürgerliche Mitte - FREIE WÄHLER/BAYERNPARTEI)

StRin Haider:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gab bereits eine lange Diskussion im Ausschuss. Ich komme noch einmal auf zwei wichtige Punkte in unserem Änderungsantrag zu sprechen. Zum einen wollen wir auf gar keinen Fall neuen Verkehr in der Stadt erzeugen. Wir möchten, dass dies bei allen Projekten deutlich als Ziel benannt wird. Dieses Ziel wurde in Fußnoten teilweise bereits erwähnt. Wir hätten es gerne als übergeordnete Zielbestimmung integriert.

Zum anderen sind wir beim Thema Verwendung von Öko-Strom froh, dass die Verwaltung unserem Punkt zustimmt. Ich bitte Sie ebenso um Zustimmung zu diesem Punkt. Danke. - (Beifall der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/Rosa Liste )

StR Krause:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir begrüßen die Vorlage ausdrücklich. Wir halten diese für einen ersten richtigen Schritt, und es wird sicherlich nicht der einzige bleiben. Wir wie auch die anderen Fraktionen haben bereits ein umfangreiches Paket mit weiteren Vorschlägen abgeliefert und gehen davon aus, dass das Thema Ende des Jahres noch einmal hier diskutiert wird.

Zur Vorlage selbst haben wir einen Änderungsantrag. Zum einen geht es darum, dass jetzt eine E-Allianz auf den Weg gebracht werden muss, damit eine Plattform besteht, auf der sich Wirtschaft, Politik und Verwaltung austauschen können. Der andere Punkt, womit alles steht und fällt, ist das Thema der Ladepunkte. Die nationale Plattform E-Mobilität der Bundesregierung hat als Ziel bis 2020 eine Million Elektroautos ausgegeben. Heruntergebrochen auf München würden das 2.200, also 400 Ladepunkte pro Jahr bedeuten. Wir sind der Meinung, dass diese Zahl allzu realistisch ist. 100 Ladepunkte halten wir aber für deutlich zu wenig. Wir würden gern den Mittelweg gehen und 200 Ladepunkte ausweisen. Wenn man andere vergleichbare Großstädte anschaut, ist das ohne Weiteres möglich. Wir bitten deshalb um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag.

StR Pretzl:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Auch ich kann es relativ kurz machen, nachdem wir schon eine ausführliche Diskussion im Umweltausschuss hinter uns haben.

Ich möchte noch einmal klarstellen, dass wir sehr stark hinter dem Projekt Elektromobilität und dessen Folgen stehen. Wir freuen uns, dass es bei den allermeisten im Rathaus angekommen ist und es fast einen Wettlauf gibt, wer die besten und weitreichendsten Ideen hat. Zu Ihnen, Herr Dr. Mattar: Es ist erstaunlich, dass Sie die Subventionierung für neue Technologien so infrage stellen. - (StR Dr. Mattar: Wir sind immer gegen Subventionen gewesen!) - Das hat man bei den Hotels gesehen. Damals war ich mit Ihnen noch einer Meinung, aber es ist immer die Frage, worum es geht. So ganz konsistent ist die Politik der FDP nicht.

Zum Änderungsantrag der Grünen: Ich glaube, die Elektro-Allianz ist in der Stadtverwaltung unstrittig. Der Oberbürgermeister hat im Ausschuss gesagt, dass er sich eine solche vorstellen kann. Wir können uns diese ebenfalls vorstellen und die SPD wohl auch.

Bezüglich der Ladepunkte können wir dem Änderungsantrag der Grünen nicht zustimmen. Ich möchte jetzt mündlich folgenden Änderungsantrag einbringen:

Der Stadtrat wird in einem Jahr über den Ausbaustand und den Bedarf informiert.

Ich glaube, der Änderungsantrag der Grünen ist nicht zielführend. Aufgrund der Erkenntnis über die Geschwindigkeit in der Stadtverwaltung habe ich Bedenken, dass wir in eineinhalb oder zwei Jahren 400 Ladepunkte auf die Straße bringen. Man muss auch das „Henne-Ei-Problem“ berücksichtigen. Wenn wir in einem Jahr feststellen, dass die Anzahl der Elektroautos rasant wächst, dann sind auch wir gern bereit, nachzujustieren. Wir möchten aber gern nach einem Jahr einen Bericht des Referenten haben, damit wir dann entscheiden können, ob wir mehr Gas geben oder nicht.

Zuletzt zum Thema Ladepunkte in den P+R-Anlagen. Es gibt aus der letzten Legislaturperiode einen ähnlich lautenden Antrag von Herrn Dr. Kronawitter, der damals abgelehnt wurde. Wir freuen uns, dass die Grünen ihre Meinung geändert haben und jetzt einen ähnlichen Antrag stellen. Wir stimmen dem Antrag vom Prinzip her zu, möchten aber diese absolute Verknüpfung mit den Solar-dächern herausnehmen. Wenn die Grünen diesen Punkt nicht zurücknehmen, dann bitten wir um wortweise Abstimmung. Wenn es möglich und sinnvoll ist, dann haben wir kein Problem damit, dass auch Solarstrom erzeugt wird. Wir möchten es allerdings ungern als absolute Voraussetzung beschließen. Es kann sein, dass eine P+R-Anlage verschattet ist oder der Standort der Elektro-Ladestation so liegt, dass an dieser Stelle kein Solardach errichtet werden kann. Ansonsten können wir dem Änderungsantrag folgen.

Wir freuen uns, dass wir heute den ersten Aufschlag zum Thema Elektro-Mobilität machen. Wir werden das Thema im Oktober noch einmal intensiv diskutieren, wenn die mittlerweile 25 Anträge von CSU, SPD und Grünen behandelt werden. Wir werden uns über den besten Weg unterhalten, um das wichtige Thema voranzubringen. Das nun für heute. Vielen Dank! - (StRin Demirel: Es heißt: „Nach Möglichkeit“) - Wenn es nur geprüft werden soll, dann können wir es akzeptieren.

StR Dr. Mittermaier:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Auch ich habe beim letzten Mal bereits einen Lobgesang über die Vorlage abgehalten. Wir können uns jetzt tatsächlich über die Änderungsanträge unterhalten.

Wir stellen den Änderungsantrag, mit dem der Oberbürgermeister aufgefordert wird, sich beim Deutschen Städtetag für ein bundesweites Förderprogramm einzusetzen. Es wäre am wichtigsten,

wenn der Bund endlich seine Ankündigungen ernst nehmen würde. Er macht dieses momentan aber nicht. Deshalb haben wir ein eigenes Programm aufgelegt.

Zum Änderungsantrag der Grünen: Ich denke, die E-Allianz ist unstrittig. Dieser werden wir zustimmen. Wir werden auch zustimmen in der Frage, wie wir die P+R-Anlagen mit Ladesäulen ausstatten. Wir sehen vier Ladepunkte als richtige Größe. Es kann aber sein, dass es Sinn macht, an einer Stelle mehr Ladepunkte zu schaffen und an einer anderen Stelle nicht so viele. In Trudering zum Beispiel gibt es zwei P+R-Anlagen, eine ganz kleine und eine große. Man muss sich das im Detail anschauen und prüfen, ob man auf dem ganz kleinen Platz auch unbedingt eine Ladestation errichtet. Die Anzahl halten wir für vertretbar und werden deshalb zustimmen, auch mit der Ergänzung, dass Photovoltaik nicht immer Sinn machen muss. Im Übrigen gibt es sowieso Ökostrom für die Ladesäulen, also wäre es doppelt gemoppelt.

Abschließend noch ein Satz zur Frage, seit wann wir hier das Ziel verfolgen. Ich habe nachgesehen. Auch wir haben zur Frage der Ladeinfrastruktur an P+R-Parkplätzen im Jahre 2009 einen Antrag gestellt. Es ist also durchaus Zeit, dass hier etwas passiert.

Der Ergänzungsantrag der SPD wird gegen die Stimmen der Fraktion Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung, der Fraktion Bürgerliche Mitte - FREIE WÄHLER/BAYERNPARTEI und der AfD **beschlossen**.

Der Änderungsantrag von ÖDP/DIE LINKE. wird gegen die Stimmen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN/RL und der Ausschussgemeinschaft ÖDP/DIE LINKE. **abgelehnt**.

Der Änderungsantrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN/RL zu Ziffer 1.1 wird gegen deren Stimmen **abgelehnt**.

Der Antrag von StR Pretzl zu Ziffer 1.1 des Antrags von Bündnis 90/DIE GRÜNEN/RL wird **einstimmig beschlossen**.

Die Änderungsanträge von Bündnis 90/DIE GRÜNEN/RL zu den Ziffern 1.7 und 1.9 werden gegen die Stimmen der Fraktion Bürgerliche Mitte -

FREIE WÄHLER/BAYERNPARTEI und der AfD **beschlossen**.

(Der Änderungsantrag der Grünen zu Ziffer 2.51 entfällt.)

Der Änderungsantrag der Fraktion Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung wird hinsichtlich

Ziffer 1.1 a) bis g) gegen deren Stimmen und die Stimmen der AfD **abgelehnt**,

Ziffer 1.1 h) gegen die Stimmen von DIE LINKE und der ÖDP **abgelehnt**,

der übrigen Ziffern gegen die Stimmen der Fraktion Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung sowie der AfD **abgelehnt**.

In der Gesamtabstimmung wird folgender Antrag gegen die Stimmen der Fraktion Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung, der Fraktion Bürgerliche Mitte - FREIE WÄHLER/BAYERNPARTEI, der AfD, der ÖDP und von DIE LINKE.

**beschlossen:**

#### 1. Fachlicher Teil

- 1.1 Der Stadtrat stimmt dem integrierten Handlungsprogramm zur Förderung der Elektromobilität (IHFEM), wie es in der Ziffer 3 des Vortrags des Referenten und in den Anlagen 16 bis 24 (Maßnahmenblätter) vorgestellt wurde, und der Umsetzung der darin vorgeschlagenen Maßnahmen zu. Mit der Umsetzung der Maßnahmen ist so bald wie möglich, auf jeden Fall im Jahr 2015 zu beginnen. Der Stadtrat wird in einem Jahr über den Ausbaustand und den Bedarf informiert.

#### 1.2 bis 1.6 wie Antrag des Referenten

- 1.7 Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, als Grundlage für eine bedarfsgerechte Planung der Elektromobilität eine Pendler-Potenzialanalyse für die Region München durchzuführen.

Zusätzlich werden in allen P+R-Anlagen zunächst 4 Ladepunkte für Elektrofahrzeuge sowie Lademöglichkeiten für Pedelecs eingerichtet, nach Möglichkeit gekoppelt mit Fotovoltaikanlagen auf den P+R-Anlagen.

1.8 wie Antrag des Referenten

1.9 Einrichtung einer E-Allianz mit Arbeitsgruppen zu unterschiedlichen Teilbereichen der Elektromobilität in München (z.B. Taxi, Carsharing, Logistik, Ladeinfrastruktur) mit dem Ziel einer Förderung der Elektromobilität im Verkehrsbereich. Dazu wird die Stadtverwaltung beauftragt, dem Stadtrat noch 2015 einen Vorschlag zu den Zielen, Aufbau, Arbeitsweise, Untergruppen sowie den jeweils beteiligten Partnern aus Industrie und Unternehmen, der Stadtverwaltung, SWM, Wissenschaft sowie aus Verbänden und Vereinigungen zu unterbreiten und eine Gründung vorzubereiten. Wir halten eine eigenständige Organisationsform der E-Allianz unter Federführung der Stadt München für zielführend, um eine verstärkte Nutzung der Elektromobilität im Verkehr zu erreichen und die Anzahl von Elektrofahrzeugen in München signifikant zu erhöhen.

1.10 wie Antrag des Referenten

1.11 Der Oberbürgermeister wird gebeten, sich über den Deutschen Städtetag dafür einzusetzen, dass die Bundesregierung für ihr Ziel, bis zum Jahr 2020 eine Million Elektrofahrzeuge auf deutsche Straßen zu bringen, ein bundesweites Förderprogramm für die Bezuschussung der Anschaffungskosten von elektrisch angetriebenen Fahrzeugen initiiert.

2. Finanzierungsteil

wie Antrag des Referenten

3. Weitere Antragspunkte

wie Antrag des Referenten

**Streikbedingte Sonderauszahlungen an betroffene Familien  
in städtischen Kindertageseinrichtungen  
Antrag Nr. 1028 der Stadtratsmitglieder Volk,  
Zurek, Dietl, Abele und Naz vom 12.05.2015**

Aktensammlung Seite 1787

StSchR Schweppe:

Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht um den Streik und die Frage: Können den Eltern die Gebühren und das Verpflegungsgeld erstattet werden? Nach unserer derzeitigen Satzung kann erstattet werden, wenn an fünf Besuchstagen ununterbrochen gestreikt wird. Wir sprechen in der Vorlage von einer Minderung, ich nenne es Erstattung. Wenn es zehn, fünfzehn oder zwanzig Tage sind, wird entsprechend mehr erstattet.

Jetzt liegt ein Antrag der SPD-Fraktion vor, dass „tagesscharf“ erstattet wird. Wir haben diesen Antrag intensiv geprüft und eine Sonderform gefunden, die wir als Verwaltung hätten vertreten können, auch nach Überprüfung durch unsere Rechtsabteilung, die unter Hintanstellung von Bedenken gesagt hat, schauen wir einmal, was die staatlichen Behörden sagen. Die Sonderregelung würde bedeuten, dass wir tatsächlich eine „tagesscharfe“ Erstattung vornehmen könnten.

Wir haben bis gestern an der Vorlage gearbeitet, weil die Erklärung der Regierung von Oberbayern sehr spät vorlag. Ich bitte um Nachsicht, dass wir die Vorlage erst heute verteilen konnten. Die Regierung von Oberbayern sagt sehr deutlich, es sei nicht zulässig, im Rahmen einer Sonderregelung eine über die Satzung hinausgehende Erstattung beschließen zu lassen. Insofern sehe ich mich nicht imstande, so etwas vorzuschlagen. Andere bayerische Städte wie z. B. Ingolstadt haben Erstattungsregelungen schon vom Grundsatz her nicht in ihren Satzungen. Da sieht es schlechter aus als in München. Unsere Satzung dagegen ist sehr elternfreundlich. Die Regierung von Oberbayern widerspricht der tageweisen Abrechnung. Wir können daher nur in den üblichen Fünf-Tages-Schritten erstatten. Das ist der eine Punkt.

Der andere Punkt ist folgender: Wir wünschen uns eine finanzielle Aufstockung für eine Verbesserung der IT-Verfahren und für den Einsatz von Zeitarbeitskräften, um die Erstattung zügiger abwickeln zu können, so dass die Eltern schnellstens ihr Geld bekommen. Wir haben ein neues Anmeldeverfahren und 22.000 Bescheide vor uns. Wir müssen sehr viele Fälle bearbeiten. Im Interesse

der Eltern möchten wir schneller arbeiten, als es eigentlich möglich wäre. Ich bitte daher um entsprechende Beschlussfassung und die Bereitstellung der Mittel.

StR Reissl:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir in Zukunft über eine Satzung beschließen, dann sollten wir uns genauer Gedanken machen, welche Probleme das mit sich bringen kann. Wir haben damals vermutlich nicht an eine Konstellation gedacht, wie wir sie jetzt haben. Ich glaube nicht, dass man einen Erzwingungsstreik dieses Ausmaßes berücksichtigt hat.

Das könnte jetzt ein Argument sein, darüber nachzudenken, wie wir trotzdem zu unserem Ziel kommen. Wohin wollen wir? Wir wollen den Eindruck vermeiden, dass die Stadt München von Gebühreneinnahmen profitiert, aber nicht die Leistungen erbringt. Jetzt habe ich mir Folgendes überlegt: Diese Satzung hat der Stadtrat der Landeshauptstadt München beschlossen. Wenn ein Tatbestand erfüllt ist, dann kann man nicht einfach sagen, er ist nicht erfüllt. Deshalb kann man Geld zurückzahlen. Wir wollten übrigens auch nur erstatten. Jetzt hat es einen anderen Betreff erhalten, als in unserem Antrag geschrieben war. Wir haben jetzt eine Bitte, und ich formuliere das als mündlichen Änderungsantrag:

Das Referat für Bildung und Sport wird beauftragt, zu prüfen, ob die Kindertageseinrichtungsgebührensatzung rückwirkend zum 01.05.2015 bzw. zum 01.01.2015 so geändert werden kann, dass die Erstattung der Kindertageseinrichtungsgebühren ab dem ersten Streiktag möglich ist.

Rückwirkende Rechtsänderungen sind immer etwas schwierig, aber vor allen Dingen sind sie dann nicht zulässig, wenn sie belasten. Sie würden aber nicht be-, sondern entlasten. Sie würden begünstigen. Insofern könnte es einen Spielraum geben.

StR Dr. Dietrich:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Wir unterstützen die Referentenvorlage. Es ist vollkommen klar, dass dieser Streik eine erhebliche Belastung für die Eltern bedeutet. Diese sollen jetzt nicht noch zusätzlich mit den Gebühren belastet werden. Deshalb unterstützen wir auch den Antrag, zu prüfen, ob man die Satzung rückwirkend ändern kann. Ich weise nur darauf hin, dass die CSU bereits im Jahre 2009 in einer Anfrage auf diese Problematik hingewiesen hat. Allerdings wurde es vonseiten des Bildungsreferats kategorisch abgelehnt. Man hat sich damals nicht zu ju-

ristischer Kreativität verleiten lassen, wie jetzt bei dem SPD-Antrag. Warum das so war, lasse ich jetzt einmal dahingestellt.

Es kommt nun auf das heutige Ergebnis an, und hier geht die Vorlage in die richtige Richtung. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Regierung von Oberbayern eine andere Rechtsauffassung hat. An diese sind wir gebunden. Aber ich glaube, wir sollten durchaus noch einmal prüfen, ob man die Satzung rückwirkend ändern kann. Ich habe allerdings juristische Bedenken, ob dieses möglich ist. Wir sollten es trotzdem ergebnisoffen prüfen.

Ansonsten stimmen wir der Vorlage zu. Diese bedeutet heute die größtmögliche Entlastung für die Eltern.

StRin Wolf:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Wir reden nun wirklich über einen Nebenkriegsschauplatz und halten uns damit auf, populistische Anträge der SPD zu behandeln. Es geht um maximal vier Tage, für die die Eltern zusätzlich entlastet werden könnten. Immer, wenn der Fünfer-Schritt gemacht wird, bekommen sie das Geld. Herr Kollege Reissl, ich finde, die Regelung in der jetzigen Satzung ist in Ordnung. Für ein Drittel der Kinder werden überhaupt keine Gebühren bezahlt. Man muss doch auch den Arbeitsaufwand sehen. Sie reden von Verwaltungsoptimierung und Vereinfachung, und dann machen Sie solche Dinge, nur weil Sie nicht einsehen wollen, dass wir in diesem Konflikt Tarifpartei sind. In der letzten Vollversammlung haben Sie sich unisono geweigert, auf unseren Verhandlungsführer, der leider wieder einmal nicht da ist, einzuwirken. Jede Aktivität, die diesen Streik verkürzt, würde den Eltern mit Sicherheit mehr helfen, als wenn man heute über Gebührenersatz für vier Tage redet. Ich halte das „für daneben“.

StRin Krieger:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir würden es auch mittragen, dass diese rückwirkende Änderung geprüft wird, denn es wäre im Sinne der Eltern, mehr Geld zurückzubekommen. Ich glaube auch nicht, dass der Verwaltungsaufwand größer ist. Der Verwaltungsaufwand ist sowieso vorhanden, weil man ja Geld zurückzahlt. Wenn durch das IT-Verfahren Verbesserungen erfolgen, wird sich der Aufwand nicht verändern.

Ich möchte auf zwei weitere Punkte eingehen. Die Verwaltung verlangt jetzt 170.000 €, andererseits aber spart sie dadurch ein, dass sie die Erzieherinnen während des Streiks nicht bezahlen muss. Um welche Summe handelt es sich, und kann das miteinander verrechnet werden? Es

macht keinen Sinn, Geld einzustellen, wenn im Prinzip Ersparnisse vorhanden sind. Natürlich soll es schnell gehen, aber diese Frage darf schon gestellt werden.

Dann habe ich im *Münchner Merkur* gelesen, dass das Referat mit Hinweis auf die Verkehrssicherungspflicht eine Nutzung der städtischen Einrichtungen für selbst organisierte Betreuung ablehnt. Das sind die üblichen Argumente, die man immer wieder hört. Mich würde interessieren, ob es nicht Möglichkeiten gibt, das zu ändern. Es geht darum, den Eltern die momentane Situation zu erleichtern. Ich finde es schwierig, dass die Eltern, die es schaffen, sich selbst zu organisieren, nicht die Räume nutzen dürfen.

OBM Reiter:

Sehr verehrte Frau Wolf, dass ausgerechnet aus den Reihen der Linken ein Symbol, das wir setzen sollten, so kritisiert wird, überrascht mich einigermaßen. - (StRin Wolf: Falsches Symbol!) - Ich halte die Rückzahlung an die Eltern für ein richtiges Symbol.

Ich hatte nicht wirklich erwartet, dass uns die Regierung von Oberbayern bzw. das Innenministerium die Zahlung verwehrt. Aus meiner Sicht müsste es der Rechtsaufsicht nicht geboten erscheinen, so zu reagieren. Ich kann den Referenten verstehen, dass er nun aufgrund der Auskünfte keine andere Vorlage schreiben konnte.

Ich möchte nun den mündlichen Änderungsantrag von Herrn Reissl um einen Gedanken ergänzen: Könnte man nicht versuchen, die in der Satzung enthaltene Härtefallregelung so auszulegen, dass auch in diesem Fall ein Härtefall besteht? Dann müsste man nicht die Satzung rückwirkend ändern. Wir haben lauter Einzelfälle. Man könnte auch prüfen, ob man es unter dieser Härtefallregelung subsumiert, was angesichts der Beteiligung, die wir für eine Satzungsänderung brauchen würden, weniger Aufwand wäre. Das wollte ich mündlich zu Protokoll geben.

Insgesamt - da sind wir völlig beieinander - ist das Problem derzeit ein anderes. Da muss ich - was ich nicht gern und nicht oft mache - Ihnen widersprechen. Wir sind nicht Tarifpartei. Diese Frage, was Sie unter Tarifpartei verstehen, müssten wir einmal bei einem Mittagessen besprechen. - (Zuruf von StRin Wolf) - Schon klar. Ich sitze nicht am Verhandlungstisch, obwohl ich der oberste Dienstherr dieser Beschäftigten bin. Komisch, dass ich nicht eingeladen werde, obwohl ich Arbeitgeber bin. Dieses sollten wir nicht hier diskutieren, denn es gibt wichtigere Themen im Stadtrat zu besprechen als diese grundsätzliche Rolle.

StRin Wolf:

Ich habe schon letztes Mal ausgeführt und kann es gern öfter wiederholen: In diesem Erzwingungsstreik geht es aus unserer Sicht um legitime Forderungen aus dem Sozial- und Erziehungsdienst. Wenn man ein politisches Signal setzen will, dann heißt es, es geht um eine Tarifauseinandersetzung. Wir sind als Stadt Mitglied im Kommunalen Arbeitgeberverband, wir sind auf der Arbeitgeberseite. Unser Antrag lautete, dass wir unseren Verhandlungsführer auffordern, man solle gefälligst den Forderungen entgegenkommen. Wir sagen immer, die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst sind zu schlecht eingruppiert. - (Zwischenruf von StRin Demirel) - Der Stadtrat hat die Zulage beschlossen, aber jetzt wäre es an der Zeit, ein politisches Signal zu geben.

Tarifikämpfe finden nicht nur am Verhandlungstisch statt, sondern auch in der öffentlichen Debatte. Hier könnte man sich ein bisschen einbringen. Das hätte ich von diesem Stadtrat gerne gehabt, das haben Sie aber verweigert. - (Zwischenruf OBM Reiter: Die Welt ist etwas komplizierter. Wir wollen es aber jetzt nicht mehr weiter vertiefen.)

StSchR Schweppe:

Ich versuche, die Fragen noch kurz zu beantworten. Es ging darum, den Eltern die Räumlichkeiten zu überlassen. Es geht aus haftungsrechtlichen und aus Gründen der Verkehrssicherung grundsätzlich nicht so einfach. Dieses Verfahren haben wir bei Schulräumen und generell bei öffentlichen Räumen.

Zu den Lohneinsparungen im Rahmen des Streiks: So genau kann man das nicht sagen. Für eine Woche sind es grob über 1 Mio.Euro Lohnzahlungen, die wir nicht erbringen müssen. Ich hoffe, der Kämmerer wird mir recht geben, eine Verrechnung im Haushalt ist nicht möglich. Das Geld fließt normalerweise aus dem Haushalt; nun wird es aber nicht ausgegeben. Somit ist es eine Minderausgabe. Wenn wir das Geld erstatten, ist das ein Verzicht auf Einnahmen. Haushaltsrechtlich wird das so entsprechend abgewickelt. - (Zwischenruf StRin Demirel: Gibt es bei der Raumfrage eine Lösung?) -

StRin Volk:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir jetzt schon die Kindertageseinrichtungsgebührensatzung prüfen, sollten wir auch prüfen, wie man großzügiger mit der Überlassung der Räume umgehen könnte. - (Allgemeiner Beifall) - Ich weiß, haftungsrechtlich ist das problematisch. Wenn wir ein Signal setzen und in diesem Streik die Eltern möglichst entlasten

wollen, ist das ein Punkt, den wir bedenken müssen. Eine Prüfung tut nicht weh und eine großzügige Auslegung in dem Bereich sicher auch nicht. Vielen Dank. - (Allgemeiner Beifall)

Ziff. 1 des mündlichen Änderungsantrages der SPD in folgender Fassung wird gegen die Stimmen von DIE LINKE. und der ÖDP **beschlossen**.

Das Referat für Bildung und Sport prüft, ob die Kindertageseinrichtungsgebührensatzung rückwirkend zum 01.05.2015 bzw. zum 01.01.2015 so geändert werden kann, dass die Erstattung der Kindertageseinrichtungsgebühren ab dem 1. Streiktag möglich ist. Das Referat prüft außerdem, ob die Härtefallregelung so ausgelegt werden kann, dass sie für die Eltern, die vom Streik betroffen sind, angewendet werden kann.

OBM Reiter:

Zweiter Teil des Änderungsantrags, großzügiger Umgang bei der Überlassung von öffentlichen Räumen.

BMin Strobl:

Welche öffentlichen Räume? Auch das Rathaus?

OBM Reiter:

Sind Kindergartenräume gemeint, oder reden wir auch von Schulen, Tagesheimen oder Privatunterkünften? An was ist gedacht?

StR Reissl:

Es betrifft die Räume, die durch den Streik nicht zweckgemäß verwendet werden können. Um diese Räume geht es. Das sind Kitas, Tagesheime, Krippen, KinderTagesZentren, wo eben gerade gestreikt wird.

Ziff. 2 des mündlichen Änderungsantrages der SPD wird **einstimmig beschlossen**.

Der ergänzte Referentenantrag wird **einstimmig beschlossen**.

## **Zukunftssicherung der Familienpflege**

### **Erhöhung des Zuschusses**

Aktensammlung Seite 1817

#### StR Zeilhofer-Rath:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geehrte Kolleginnen und Kollegen! Als ich der Presse entnehmen musste, dass ich im Ranking der Faulpelze auf Platz 2 bin - (Heiterkeit) -, habe ich mich entschlossen, etwas dagegen zu tun. Ich habe außerdem Kritik von Freunden bekommen, schon wieder nicht Platz 1 erreicht zu haben. Aber Spaß beiseite!

Die Zukunftssicherung der Familienpflege ist ein ernstes Thema. Prinzipiell stimme ich dieser Vorlage zu. Aufgefallen sind mir zwei Punkte: Die Stellungnahme der Stadtkämmerei bemängelt, dass der Eigenanteil der Träger und vor allem der kirchlichen Träger um ein Drittel reduziert wird. Der zweite Punkt: Bisher konnten die durchschnittlichen Kosten einer Solleinsatzstunde von 37 € nur auf diesem Niveau gehalten werden, weil die Lohnkosten durch die eigenen Haustarife der Träger unterdurchschnittlich sind. Im letzten Plenum und auch heute haben wir über die Wertschätzung der sozialen und pflegerischen Berufe gesprochen. Vor allem die kirchlichen Träger nehmen sich hier heraus. Sie zahlen untertariflich, haben ihre eigenen Hausverträge und ich möchte nicht darauf zurückkommen, welche Einstellungsbedingungen sie haben. Diese stimmen oft nicht immer mit dem Grundgesetz und den Verordnungen der EU überein. Abgefragt werden die Glaubenszugehörigkeit, die sexuelle Orientierung oder der Familienstand. Es ist für mich nicht hinnehmbar, wenn die Träger für die Stadt München Aufträge entgegennehmen. Es sind auch Träger, die über eigene Steuereinnahmen verfügen. Das möchte ich noch bemerken. Auf die Rolle des Gesetzgebers, der die Kosten auf die Kommunen abwälzt, und auf die Krankenkassen möchte ich gar nicht eingehen. Ich habe den Eindruck, die Krankenkassen leben auf einem anderen Planeten.

Mein mündlicher Ergänzungsantrag wäre, die Erhöhung der Einsatzstunden für dieses Jahr zu genehmigen. Für die weiteren Jahre sollen sie noch einmal ins Plenum eingebracht werden, und es soll eine ausgiebige Diskussion geführt werden über die Eigenbeteiligung der Träger und über die Beschäftigung der Träger. Das ist ein System von Outsourcing in sozialen Konzernen: Die evangelische Kirche gibt ihren Auftrag an die Diakonie, die Diakonie an die Innere Mission und die Innere Mission an das Evangelische Hilfswerk weiter. Das Evangelische Hilfswerk ist kein guter Arbeitgeber, das weiß ich aus eigener Erfahrung. - (Beifall aus der Mitte)

Bfm. StRin Meier:

Der Hinweis auf den Eigenanteil der katholischen Kirche oder der Caritas ist berechtigt. Diese Eigenanteile können die Träger aber kaum mehr stemmen. Von der Caritas bekommen wir immer wieder Hinweise, aus den Leistungen auszusteigen, weil der Eigenanteil nicht mehr gestemmt werden kann. Deswegen versuchen wir, mit unserem Beitrag alles zu tun, damit die Träger weiter an Bord bleiben. Wir haben im Ausschuss auch versprochen, das nächste Mal zu berichten, wie die Zugangswege zu den einschlägigen Anbietern sind. Wir sind auch der Meinung, es läuft ein bisschen unkoordiniert, wer bei der Familienpflege ankommt und wer bei den privaten Anbietern, die noch schlechter bezahlen. Diese Zugangswege wollen wir uns noch einmal genauer anschauen. Klar ist aber, es wird nach Tarif bezahlt. - (Zwischenruf StR Zeilhofer-Rath: Es ist unterdurchschnittlich!)

Der mündliche Änderungsantrag von Stadtrat Zeilhofer-Rath wird gegen die Stimmen der Fraktion Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung, der Fraktion Bürgerliche Mitte - FREIE WÄHLER/BAYERNPARTEI und AfD **abgelehnt**.

Der Antrag der Referentin wird **einstimmig beschlossen**.

## **Personalausstattung der SGB XII-Sachbearbeitung in den Sozialbürgerhäusern**

Aktensammlung Seite 1823

### Bfm. StRin Meier:

Wir haben eine eingeschränkte Öffnung der Schalter im SGB XII. Dort ist seit einiger Zeit eine sehr prekäre Situation, weil wir auf die klassischen Abgänger der Fachhochschule Hof nicht mehr zurückgreifen können. Zunehmend schwierig ist auch die Gewinnung von Fachkräften, die verwaltungsaffin sind wie Juristen mit einem nicht so guten Staatsexamen oder Bachelor-Absolventen, die verwaltungsnah sind.

Wir haben uns entschlossen, eine Ausschreibung für verwaltungsfremde Bachelor-Abschlüsse, die nichts mit Verwaltung zu tun haben und für Sozial- oder Geisteswissenschaftler zu machen. Im März war der Erfolg dieser Ausschreibung sehr schwach. Das hat sich auch im SGB II bestätigt. In der nächsten Bewerberrunde standen aber insbesondere für das SGB XII mehr Bewerber zur Verfügung, als wir durch die Beschlussvorlage Stellen zur Verfügung hatten. Die Einarbeitung dieser Exoten ist sehr aufwendig. Wir wollen aber die Chance nutzen, diese sieben Bewerber zusätzlich mitzunehmen, um beim SGB II wieder zu einem geordneten Zugang zu kommen. Wir machen heute den Vorschlag, damit diese Bewerberinnen und Bewerber eingestellt werden können. Das Thema „Haushalt ernst nehmen“ soll kurz ausgesetzt werden, sonst dürften wir erst zum 1.11. einstellen. Wir hoffen, schneller in den Normalbetrieb zurückzukehren, wenn wir diese sieben Bewerber jetzt einstellen. Das ist unser Vorschlag.

- BM Schmid übernimmt den Vorsitz -

Der Antrag der Referentin wird **einstimmig beschlossen**.

- Ende der öffentlichen Sitzung um 13:02 Uhr -

- Die Beratungen werden in nichtöffentlicher Sitzung fortgeführt. -

München, 20. Mai 2015

R e i t e r  
Oberbürgermeister  
der Landeshauptstadt München

Protokoll